

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post

monatlich K 16  
vierteljährlich . . . 48  
halbjährlich . . . . 96  
jährlich . . . . . 192

Abnahme von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourkarte!

Erscheinung mit Ausnahme  
des Monats täglich 11 Pf.

11. Jahrgang.

Samstag, 10. Jänner 1931

Nr. 9.

## Konflikt in Südwales verhärtet.

Cardiff, 9. Jänner. (Reuter.) Die Verhandlungen über die Beilegung des Konfliktes in der Kohlenindustrie von Südwales sind gescheitert.

## Einigung über den Finanzausgleich?

Wien, 9. Jänner. (Sch. P. B.) Wie die Blätter melden, könnten die Verhandlungen, die Bundeskanzler Dr. C. v. C. mit Dr. Danneberg in der Frage des Finanzausgleiches geführt hat, nunmehr als beendet betrachtet werden. Es bestehen nur mehr geringe Differenzen, die eine endgültige Lösung kaum mehr beeinträchtigen.

## Nazis bei Nachtmanövern ausgehoben.

Waldenburg (Schlesien), 9. Jänner. Eine Sturmabteilung der Waldenburger Nationalsozialisten wurde gestern gegen 22 Uhr bei einer Nachübung in der Gegend des Hochwaldes von einem Kommando der Schutzpolizei überrascht. Von den 40 Teilnehmern an der Nachübung wurden 17 Personen vorübergehend festgenommen und nach Feststellung ihrer Person wieder entlassen; die meisten von ihnen trugen verbotene Sturmabteilungs-Uniformen.

## Sowje justiz.

Paris, 9. Jänner. Die Blätter erfahren aus Kronstadt, daß die Sowjetbehörden neun Kadetten der Marineakademie erschließen ließen, die wegen antirevolutionärer Propaganda und wegen ihrer Beziehungen zu russischen Auslands- emigranten angeklagt waren.

## Beschlagnahme Dynamitbomben auf Kuba.

New York, 9. Jänner. Associated Press berichtet aus Havanna: Die Polizei hat hier eine weitverzweigte Verschwörung aufgedeckt, deren Ziel auf die Sprengung einiger öffentlicher Objekte auf Kuba mittels Dynamit gerichtet war. Bei Hausdurchsuchungen wurde eine große Anzahl von Dynamitbomben entdeckt und beschlagnahmt.

## Eisenbahnministerium gegen Vertragsarbeiter.

Die Bürokraten im Eisenbahnministerium haben vor kurzem erneut Anlaß zu einem Konflikt mit den sozialistischen Eisenbahnorganisations gegeben. Anlaß dazu bildete der über Einbreiten der sozialistischen Minister seinerzeit herbeigeführte Beschluß der Regierung, über das Gesetz hinaus auch den Vertragsarbeitern die Weichheitszulage zuzuerkennen, und zwar je nach der zurückgelegten Dienstzeit mit 50, 30 und 20 Prozent des Grundlohns. Ausdrücklich bestimmte der Ministerrat, daß der Anspruch durch Erholungsurlaub, Krankheit bis zu drei Monaten usw. nicht verloren gehe, wohl aber durch Unterbrechung des Dienstverhältnisses.

Die Bürokraten im Eisenbahnministerium legten diese Bestimmung nun in der engstirnigsten Weise aus und konstruierten eine Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses selbst dann, wenn der Betroffene einem anderen Dienstzweig der Bahnverwaltung zugewiesen wurde oder wenn er gar einige Tage frei erhalten hatte, um seine kranke Frau ins Krankenhaus zu bringen. Selbstredend wurde auch das zeitweilige Aussehen aus der Arbeit, die Erfüllung der Präsenzdienstpflicht und selbst das Einrücken zu Waffentrabanten als Unterbrechung aufgefaßt und die Weichheitszulage nicht zuerkannt.

Ueber Einbreiten der sozialistischen Eisenbahnorganisationen wurde diese Praxis hinsichtlich des Präsenzdienstes bereits befragt, hinsichtlich der Waffentragungen steht ein gleicher Schritt unmittelbar bevor; bezüglich der Auslösung der Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses blieb das Eisenbahnministerium aber unerschütterlich. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften schritten nun in den letzten Tagen beim Justizminister Dr. Weisner ein und ersuchten ihn, daß der Ministeriat diesen Begriff genau präzisieren. Genosse Weisner gab der Deputation die Versicherung, daß diese Angelegenheit Gegenstand der Verhandlungen des nächsten Ministerrates sein werde.

## Schiedspruch durch Notverordnung.

Berlin, 9. Jänner. (Eigenbericht.) Der Reichspräsident hat auf Veranlassung des Reichsarbeitsministers die erwartete Notverordnung erlassen, durch die der Ruhrkonflikt beendet werden soll.

Nach der neuen Verordnung kann der Reichsarbeitsminister den Schlichter anweisen, in die Schlichtungskammer außer den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerdelegierten auch zwei unparteiliche Beisitzer zu berufen. Die Kammer verhandelt alsdann in der vollen Besetzung. Zeigt sich aber bei der Verhandlung oder bei der Abstimmung, daß es zu einem rechtsgültigen Schiedspruch nicht kommen würde, oder ergibt die Abstimmung in der vollbesetzten Kammer keine Mehrheit, so scheidet die Beisitzer der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer aus und der Schiedspruch ist lediglich von dem Vorsitzenden und den beiden unparteilichen Beisitzern, und zwar mit Stimmenmehrheit, zu erlassen. Hierdurch soll erreicht werden, daß praktisch stets ein Schiedspruch zustandekommen kann. Gegebenenfalls behält die Möglichkeit der Verbindlichkeitsklärung nach den Vorschriften des Allgemeinen Schlichtungsrechtes.

Die Anwendung soll nur in Ausnahmefällen zur Anwendung kommen, nämlich dann, wenn das Staatsinteresse die Anwendung dieser Maßnahmen dringlich erfordert, und nur über Beschluß der Reichsregierung. Die Geltungsdauer der Verordnung ist bis zum 31. Juli 1931 beschränkt.

Auf Grund dieser Verordnung soll noch vor dem 15. Jänner, dem Tage, mit dem die Unternehmer die Ruhrbergleute aussperrten wollen, falls sie nicht auf den achtprozentigen Lohnabbau eingehen, ein Schiedspruch gefällt und für verbindlich erklärt werden.

Man rechnet damit, daß der Schiedspruch das Mittel aus den gegenseitigen Zugeständnissen

nehmen und eine Lohnsenkung um 6 Prozent vorschreiben wird.

## Unternehmer rohen mit weiteren Stillelegungen.

Essen, 9. Jänner. Den Bergarbeiterverbänden kam die heute mittags veröffentlichte Notverordnung des Reichspräsidenten über die Neuordnung der Schlichtungsverhandlungen unerwartet. Die Verbände erklärten, daß sie keine Möglichkeit sehen, von ihrer bereits des öfteren dargelegten Standpunkt abzugehen.

In Bergarbeiterkreisen wird die Verordnung als ein sehr bedenklicher Schritt angesehen. In diesen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß, wenn der morgige Schiedspruch eine Lohnherabsetzung unter 8 Prozent bringe, die Einstellung von weiteren Feiertagen und die Stilllegung weiterer Betriebe die Folge sein werde.

## Die w lden Streiks abgeblieben

Gleiwitz, 9. Jänner. (Sch. P. B.) Die Belegschaften der oberschlesischen Gruben sind am heutigen Freitag im allgemeinen wieder voll eingefahren. Nur auf drei Gruben sind keine Reste von Streikenden noch vorhanden. Die Bewegung dürfte als abgeschlossen anzusehen sein.

Essen, 9. Jänner. Auch die noch am Streik beteiligten Arbeiter der Zeche „De Wendel“ haben nach Mitteilung des Bergbauvereines in einer zeitigen Belegschaftsversammlung beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen. In der heutigen Frühsticht kommen als Streikenden inselgedessen nur noch zwei Anlagen mit 313 Mann in Frage.

## Remarque-Filmverbot für ganz Oesterreich.

Verfassungswidriger Schritt des Innenministers.

Wien, 9. Jänner. (Eigenbericht.) Heute hat die Regierung den Remarque-Film für das ganze Bundesgebiet verboten. In einer amtlichen Erklärung heißt es, daß die briefliche Aufforderung an den Landeshauptmann Seip ergebnislos geblieben sei und daß weitere ungebührliche Schädigungen der Geschäftswelt nicht mehr verantwortet werden könnten. Deshalb mußte sich der Innenminister zu einer dringlichen Notverordnung im Interesse der öffentlichen Sicherheit entschließen; er habe deshalb im Bundesgesetzblatt eine Verordnung auf Grund des sechsten Verfassungsgesetzes erlassen, in dem die Sicherheitsbehörden ermächtigt werden, innerhalb ihres Wirkungsbereiches für den Schutz der gefährdeten allgemeinen Sicherheit die erforderlichen Anordnungen zu treffen.

Im Finanzausschuß wurde von den Sozialdemokraten der Innenminister wegen dieses Verbotes heftig angegriffen. Dr. Eisler wies nach, daß in Oesterreich nach der Verfassung jede

Zensur aufgehoben ist und daß der Verfassungsgerichtshof wiederholt erklärt hat, daß damit auch die Filmzensur aufgehoben wurde. Es gehe nicht an, auf einem Umweg die Zensur wieder einzuführen.

Der Innenminister konnte nur mit ausweichenden Phrasen antworten. Er wies darauf hin, daß gestern keine wesentlichen Ansammlungen mehr vorgekommen seien, was er allerdings nicht als Gegenbeweis gegen das Verbot, sondern als eine Folge der Sicherung der Abendvorstellungen durch die Polizei hinstellte.

Bürgermeister Seip erklärte, wenn sich die österreichische Regierung auf die Entscheidung der deutschen Filmoberprüfstelle berufe, so stimme dies gewiß nicht mit der Uebereinstimmung der Mehrheit des deutschen Volkes überein. Im übrigen wäre eine Angleichung an Deutschland beim Cherech eher erwünscht als bei dem Verbot eines Films, der von Hunderttausenden Deutschen als ein Mittel der Erziehung der Jugend zum Friedensgedanken angesehen werde.

## Generalausperrung in der englischen Textilindustrie?

London, 9. Jänner. Die Baumwollindustriellen beschlossen, den örtlichen Organisationen Generalausperrung für den 17. d. M. zu empfehlen, falls bis dahin der Konflikt nicht beigelegt sein sollte. Der Arbeitgeberverband der Spinnereien sah einen entsprechenden Beschluß. Die Lage in der Baumwollindustrie in Lancashire ist damit ungewöhnlich ernst gewor-

den. Wenn nicht in kürzester Frist ein Einvernehmen erzielt und wenn die Resolution des Verbandes der Spinnereien verwirklicht wird, dann wird es zur Schließung sämtlicher Betriebe in Lancashire und Lodon kommen, die mehr als eine Viertelmillion Arbeiter beschäftigen.

## Gemeindewahlen im Herbst.

Prag, 8. Jänner. Heute finden im Hinblick auf den Ablauf der Amtsperiode in den meisten Gemeindevertretungen neue Gemeindewahlen statt. Die letzten Wahlen haben im Herbst 1927 stattgefunden. In diesem Jahre werden die Gemeindewahlen jedoch, wie die „Pr. Pr.“ berichtet, in den historischen Ländern keine Wahl stattgefunden haben, weil sie aus ähnlichen Anlässen vor dem Generaltermin 1927 stattfanden. Die Neuwahlen sind nicht vor dem Herbst 1931 zu erwarten.

dem fast vierzig Prozent der Gemeinden an den Generalgemeindewahlen nicht teilnehmen, erklärt sich daraus, daß in diesen Gemeinden die Vertretungen aus verschiedenen Gründen teils aufgelöst wurden, so daß nach dem Jahre 1927 bereits Neuwahlen stattgefunden haben, teils aber daraus, daß auch im Jahre 1927 schon in einer ganzen Reihe von Gemeinden keine Wahlen stattgefunden haben, weil sie aus ähnlichen Anlässen vor dem Generaltermin 1927 stattfanden. Die Neuwahlen sind nicht vor dem Herbst 1931 zu erwarten.

## Der Unfehlbare.

In der Zeit des ungeheuerlichsten Massenelends hat das Oberhaupt der katholischen Kirche keine andere Sorge als die, der Welt seine Auffassungen über die Ehe vorzutragen und damit aufs neue zu belunden, daß die Kirche wie allen die Menschen bewegenden Problemen auch dieser Frage mit volliger Verständnislosigkeit gegenübersteht. Daß viele Millionen arbeitswillige Hände infolge der furchtbaren Weltwirtschaftskrise feiern müssen, bewegt offenbar nicht das Vaterherz des Papstes und darüber schweigt er sich aus, dagegen hält er es für das augenscheinlich wichtigste, den Kampf gegen — Amor und für seine christlich-katholische Reglementierung zu eröffnen. Er hat mit dem 31. Dezember ein Welt-rundschreiben erlassen, in dem er sich mit Ehe- und Liebesfragen beschäftigt. Der Inhalt dieser päpstlichen Enchikla ist bisher nur im Auszug bekannt, aber es wird versichert, daß ihr Geist durch die absolute Unversöhnlichkeit überrascht und die bekannt gewordenen Stellen aus dem päpstlichen Schreiben genügen auch vollständig, um diese Behauptung zu bestätigen. Wer etwa noch der Meinung war, der Katholizismus besitze bei aller Startheit seiner Dogmen die Fähigkeit, sich den geänderten Verhältnissen und der geänderten Zeit anzupassen, der wird nach dieser neuesten päpstlichen Enunziation seinen Irrtum gründlich revidieren müssen und er wird erkennen, daß die Kirche, die einst den inneren und äußeren Menschen beherrschte, ihm fremd geworden ist, daß sie auf allen Erbkissen verfaßt und daß ihr ebenso der Willen wie die Kraft zu einer Förderung des Neuen und zur Hilfe am Wiederaufbau der zerstörten Gesellschaft abgeht.

Es ist das dunkelste Mittelalter, das aus dem päpstlichen Welt-rundschreiben spricht und es wird selbst bei manchem Gläubigen Kopfschütteln hervorrufen. Der Papst legt darin dar, wie eine christliche Ehe beschaffen sein soll. Für die Eheschließung lehnt er die Voraussetzungen des Gesühls und der Sympathie ab und verlangt, die Ehe habe hauptsächlich auf der „christlichen Liebe“ zu beruhen. Das ist die vollständige Konterterklärung der Kirche gegenüber dem — neben dem Hunger — stärksten Trieb im Menschen, der Liebe, die sie noch immer, trotz allem Unglück und Jammer, den sie mit dieser Auffassung Jahrhundert hindurch verschuldet hat, für „sündhaft“ und „unrein“ hält. Nicht die Liebe, die wirkliche, wahrhafte, eheliche und natürliche Liebe soll die Menschen zusammenführen, sondern die „christliche Liebe“, das ist wohl die Gleichheit der sterikalen Gesinnung und Lebensauffassung! In welchem Jahrhundert leben wir denn! Das geht noch über das Mittelalter hinaus. Das heiligste, schönste und reinste Gefühl wird vom unfehlbaren Papst als untauglich und verwerflich erklärt, die Grundlage des Zusammenlebens von Mann und Frau zu bilden! Wird damit nicht stärker an den Fundamenten der Ehe gerüttelt, als dies irgendjemand oder irgend etwas zu tun vermöchte!

Der Papst wendet sich weiter „mit Absicht“ gegen die Theorie der freiwilligen Geburtregelung und bekämpft das Prinzip, daß die moderne Wissenschaft für die Verhinderung von Mißgeburten und für die Verhinderung erblicher Uebel besorgt; er wendet sich gleichzeitig an die ärztliche Seelsorge und an die Behörden mit der Aufforderung, bei der Abschaffung jener Fertimer der Eugenetik (eine Bewegung zur Verhinderung der Fortpflanzung minderwertiger und verfechter Individuen) und der Sozialwissenschaft mitzuwirken. Man vergewaltigt sich: in einer Ehe — und nur in einer solchen, denn jeden außer-ehelichen Geschlechtsverkehr verurteilt der Papst ebenso wie jede aus dem natürlichen Liebesgefühl geschlossene Ehe — die lediglich auf der sogenannten „christlichen Liebe“ beruht, sollen sich die Ehegatten nur zur bewußten Kindererzeugung zusammenfinden und beiseide nie etwas tun, was die Befruchtung verhindert



könnte, denn dies würde nach päpstlicher Anschauung den Liebesakt, der übrigens in der Art, wie er sich in einer solchen Ehe vollziehen würde, kaum ein wirklicher Liebesakt wäre, entheiligen. Hier werden die vom Papst zur Belehrung aufgeforderten Seelsorger nicht einmal bei den allergetreuesten Schöfchen es leicht haben, dem päpstlichen Rat, Kinder sonder Zahl zu zeugen, oder wie Solibateure zu leben, Befolgung zu sichern. Selbst sie werden sich erstaunt fragen, ob denn der Papst so weltfremd sei und ob er etwa auf dem Monde lebt, daß er in einer Zeit des schrecklichsten Massenelends und „Ueberzähligkeit“ der Arbeitskräfte nichts anderes zu sagen weiß, als daß noch mehr als bisher Kinder in die Welt gesetzt werden sollen. Auch Kinder, von denen man schon vor ihrer Geburt weiß, daß sie verkrüppelt, von krankheitsverfälschten Eltern abstammen und in jeder Weise lebensuntüchtig sein werden! Aber schließlich kann man nichts dagegen haben, wenn die Kirche sich so eifrig darum bemüht, sich zu den gegenwärtigen Zeitverhältnissen und zu den Bedürfnissen und Auffassungen wie zu den Lebensnotwendigkeiten der übergroßen Mehrzahl der Menschen in schreiendsten Widerspruch zu setzen. Es ist auch ein Gewinn, wenn so allgemein erkannt wird, wie fehlbar ein „Unfehlbarer“ sein kann und wie sehr die Moralgeetze der Kirche zur heutigen Wirklichkeit in Widerspruch stehen.

Die schärfste Ablehnung aber wird jener Teil der päpstlichen Enckyklika finden, der sich mit dem politischen und dem öffentlichen Wirken der Frauen beschäftigt und der ungeachtet aller tiefgehenden Wandlungen in unserem sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben durchaus auf die einzige Tonart gestimmt ist: die alleinige Wirkungsstätte der Frau ist das Haus und die Familie! Der oberste Repräsentant der katholischen Kirche verurteilt alle Arten und Formen der Frauenemanzipation, das sind die psychologische, die ökonomische und die soziale. Er wittert gegen die psychologische Emanzipation der Frau, das ist, daß sie die Grenzen ihrer Welt nicht mehr in den vier Wänden ihres Hauses erkliert und er erblickt darin einen Mangel der „Bereitschaft der Frau zur Erfüllung ihrer ehelichen Pflichten“. Die Frau soll aber auch nicht nach einer größeren persönlichen Freiheit streben, indem sie sich wirtschaftlich dem Manne nicht vollständig unterordnet und ausliefert, sie soll sich auch in keiner Weise sozial emanzipieren, indem sie eine Anstellung anstrebt und vor allen Dingen wird ihr vom Papste jede Einmischung in die politischen Streitigkeiten des Mannes unterlagert.

Die Politik ist darnach ein den Frauen verbotenes Gebiet. Stets hat noch die Kirche die kapitalistische Gesellschaftsordnung gestützt und verteidigt, die die Frauen ins Erwerbsleben hineinzwingt, sie in den Kampf um nackte Lebensdasein stellt, aber auch die erwerbende und notwendigerweise mitverdienende Frau soll sich um Politik, das ist um die Fragen der Gestaltung der allgemeinen Lebensverhältnisse und damit auch der ihrigen, nicht kümmern. Wie werden sich wohl mit dieser päpstlichen Weisung die in den christlichsozia-

len politischen Organisationen stehenden Frauen abfinden und wie unter anderem die weiblichen Zentrumsabgeordneten in Deutschland! Oder gilt das Gebot, auf jede politische Betätigung und Stellungnahme zu verzichten, für alle, nur nicht für die kirchlichen Frauen? Von einem Gesichtspunkte aus ist die Abneigung des Papstes gegen die Teilnahme der Frauen am politischen Leben allerdings sehr erklärlich. Die Kirche sieht das immer stärkere Schwenden ihres Einflusses auf die Volksmassen und sie sucht wenigstens die Frauen, die bisher ihre treueste Gefolgschaft bildeten, in ihrer geistigen Hut zu bewahren. Betätigt sich die Frau einmal am politischen Leben, sei es auch unter kirchlicher Obhut, so ist sie nicht mehr davor geschützt, daß ihr auch eine andere, als die ihr von den kirchlichen zugeführte politische Nahrung zu munden beginnt, darum lieber gar keine Politik! Das päpstliche Ver-

bot der geistigen und politischen Luftzufuhr wird freilich wenig nützen, denn längst haben Millionen Frauen erkannt, daß die Politik kein Privileg des Mannes ist und ebenso zu ihren Lebensnotwendigkeiten gehört, wie bei den Männern.

Daß die Frauen auch keinerlei Anstellung anstreben sollen, das verrät nur, wie wenig der unfehlbare Papst das moderne wirkliche Leben kennt. Aber es ist nicht nur diese Unkenntnis allein, welche das Welttrudschreiben des Papstes so charakteristisch macht. Es beweist mit jedem Worte, daß der Merkantilismus nicht einmal eine äußere, geschweige eine innere Anpassung an den Fortschritt der Zeiten und an die sich ändernden Zeitverhältnisse kennt und kennen will. Er wird hoffentlich zu spät einsehen, daß er damit niemandem größeren Schaden zugefügt hat als sich selbst.

## Das amerikanische Elendwunder.

Von Ernst Reinhard, Bern.

Das amerikanische Wirtschaftswunder, vor dem die Volkswirtschaftler auf den Knien liegen, wie die Sieben vor der heiligen Maria von Lourdes, drückte sich kurz und eckig so aus: Das Volkseinkommen stieg in den letzten Jahren auf 76 Milliarden Dollar im Jahr; der nationale Reichtum beträgt heute 350 Milliarden Dollar und stellt damit eine unvorstellbare Summe dar; keines Volkes Einkommen war je größer. Die Vereinigten Staaten, die nur 5 Prozent der betrauten Erdoberfläche umfassen, auf denen 6 Prozent der Erdbewohner wohnen, erzeugen 20 Prozent des Weizens, 63,9 Prozent des Korns, 54 Prozent der Baumwolle, 11,5 Prozent des Jutes, 9 Prozent der Wolle, 44 Prozent des Erzes, 36 Prozent der Kohle, 72 Prozent des Bleis, 50 Prozent des Kupfers, 36 Prozent des Eisens der ganzen Welt und besitzen 32 Prozent aller Eisenbahnen, 58 Prozent aller Telephone und Telegraphen, 35 Prozent der gesamten Wasserkraft und 78 Prozent aller Automobile. Der Reichtum dieses Landes ist fabelhaft; er wurde erzeugt durch eine Produktions- und Leistungsfähigkeit, die wiederum ihresgleichen sucht. Wird die Produktion des Jahres 1899 gleich 100 gesetzt, dann beträgt der Produktionsindex heute bei der Landwirtschaft 147, bei den Industrieerzeugnissen 158, beim Bergbau 188 und bei den Verkehrsanstalten 166. In den amerikanischen Banken befinden sich heute zwei Fünftel der gemünzten Goldvorräte der Erde; ungefähr 40 Prozent aller Staatsschulden der Erde werden auf die eine oder andere Form Amerika geschuldet.

In diesem gesegneten Lande sehen heute an die 8 Millionen Arbeitsloser dem harten Winter völlig schutzlos entgegen. Allerdings gibt die offizielle amerikanische Statistik nur ungefähr die Hälfte zu; die amerikanischen Gewerkschaften aber, gleich berechnend, wie das Statistische Amt des Staates New York, rechnen mit einer Mindestzahl von 6,6 Millionen und einem durch möglichen Zuwachs bis auf 8,5 Millionen Arbeitsloser. Dabei beträgt die Anzahl der Lohnempfänger in der amerikanischen Industrie rund 8,35 Millionen, so daß die Zahl der Arbeitslosen heute schon gleichbedeutend wäre mit der Zahl der industriellen Lohnempfänger. Wenn auch

ein großer Teil der Arbeitslosen sich aus Arbeitern des Verkehrs und Transportis sowie der Landwirtschaft rekrutiert, so wird doch die große Masse gestellt von der Industrie, bei der heute jeder zweite Mann arbeitslos geworden ist.

Von der Lage der Arbeitslosen bringen bürgerliche Zeitungen fürchterliche Schilderungen; wohl mag bei der Aufmachung der Elendsbilder in der Hoartpresse der Wunsch vorhanden sein, die politischen Geschäfte der Demokraten vor allem zu befördern; aber die Tatsache eines unvorstellbaren Elends kann nicht abgestritten werden. Dieses Elend wird durch keine Sozialgesetze gemildert; die amerikanische Arbeiterklasse, die sich nie groß um Dinge wie Arbeitslosenversicherung und Sozialversicherung gekümmert hat, weil sie das im gefunden und kraftstrotzenden Wirtschaftsförderung für unnötig hielt, die damit ihren Unternehmern alle Soziallasten ersparen half, wird nun durch ihre eigene Sorglosigkeit geschlagen; die Unternehmer und die Banken gehen nun in den Zeiten der Not von den ersparten Sozialabgaben, während die Arbeitslosen hilflos zugrunde gehen. Städte wie New York bieten einer fast eine Million betrogenen Masse von Arbeitslosen einige Tausend Nachtställe und Koffküchen; die noch arbeitenden Proletarier geben sich dem seltsamen Sport hin, möglichst viel Nessel zu essen, die man den damit handelnden Arbeitslosen abgekauft hat; im übrigen aber bemüht sich die Polizei, auf allen Wohnstationen und Ueberland-Öffnenbuslinien den Zugang in die Städte fernzuhalten.

Die Industriellen aber benutzen den Anlaß, um mit Hilfe der ungeheuren industriellen Reservearmee einen Lohnabbau von 20 und 25 Prozent durchzuführen; natürlich gibt es Hunderttausende, die jeden Lohn annehmen und damit die Solidarität der Proletarier sprengend, sich nur fester in die Hände der Kapitalisten liefern. Der Gouverneur von Kansas, der letzten einen Notruf ausgestoßen hat, in dem ein Elend, nicht weit hinter dem chinesischen und russischen Hungerelend stehend, geschildert wurde, hat sogar offen die Angriffe auf die Lohnhöhe des amerikanischen Arbeiters zugegeben. Selbst in dieser fürchterlichen Notlage denkt das Kapital nur an Verbesserung seiner eigenen Situation auf Kosten der verzweifelten Massen.

Unter der Präsidentschaft Hoovers, der nach Julius Fritsch Führer zum sicheren Wohlstand durch Organisation höchster Leistungsfähigkeit sein sollte, hat sich das amerikanische Wirtschaftswunder in ein Elendswunder verwandelt. Rascher als man je ahnen konnte, brachen in diesem kapi-

talistisch-blühenden Amerika auch die Elendszüge eines übersteigerten, durch nichts gebremsten Hochkapitalismus hervor. Das Elend trifft eine Arbeiterklasse, die in jeder Beziehung unorganisiert und als Macht ausgeschaltet ist. Sie ist auch heute nur Objekt der amerikanischen Politik.

Bald hinter den Republikanern, bald hinter den Demokraten verlaufend, hat sie die Lösungen dieser Parteien angenommen und weder bemerkt, daß sie beide keine politischen Lösungen haben, die sich wesentlich voneinander unterscheiden, noch daß hier eine Wirtschaftspolitik nötig gewesen wäre, die sich strikte von den bürgerlichen Lösungen ferngehalten und die sozialistische unbedingt vertreten hätte, deren Trägerin wiederum die Arbeiterklasse selbst hätte sein können. Sie wird für den Verzicht auf eigene Politik und das blinde Vertrauen, das sie bürgerlich-kapitalistischen Einrichtungen, Gesetzen und Parteien entgegenbrachte, furchtbar gestraft. Sie hätte längst einsehen müssen, daß die amerikanische Politik zur Katastrophe führen mußte.

Das frühere Land der Selbstversorgung, der Rohstoffe- und Rohwarenausfuhr ist in den letzten Jahren zu einem hochindustriellen Land geworden, das heute selbst Rohstoffe einführt, Industriewaren und Kapital aber exportiert; erst in den letzten Jahren sind damit auch die wirtschaftlichen Grundloggen für einen amerikanischen Imperialismus wildesten Charakters geschaffen worden. Die Eroberung der Mächte und der Rohstoffgebiete war notwendig; der Kampf mit den fremden Trusts begann. Im Bestreben, die fremden Trusts und Kartelle vom amerikanischen Markt auszuschließen und den amerikanischen Boden für die amerikanische Hochfinanz zu monopolisieren, griff man zum System der Hochzölle, das typisch eine Waffe in den Händen der nationalen gegen die fremden Trusts geworden war.

In dem Augenblicke aber, da sich die Union selbst immer enger mit der Weltwirtschaft verband, da sie ihren alten Selbstversorgungscharakter aufgab, zerstörte sie selbst durch die Politik ihrer Imperialisten die Möglichkeiten einer Weltwirtschaft; ihre eigenen Trusts mußten die nationale Politik verlangen, welche schließlich ihre internationalen gefährden mußte. Nie trat krasser der Widerspruch innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft hervor; hier verlangte alles Weltwirtschaft und gleichzeitig zerstörten sie die gleichen Kräfte, die sie nötig hatten.

Die amerikanische Arbeiterklasse konnte bis dahin durch die Aussicht auf Prosperität, auf Wohlstand unter kapitalistischer Führung, von der Organisation ferngehalten werden; die gleichen europäischen Arbeiter, die in ihrer Heimat eifrige Gewerkschafter und Arbeitervertreter waren, wurden Atome in einer organisationsfeindlichen Masse. Der Zwang zur Organisation bleibt der amerikanischen Arbeiterklasse nicht erspart; sie wird den Weg der europäischen Arbeiter zurücklegen müssen; nur wird sie ihn in viel kürzerer Zeit zurückgelegt haben. Sie wird der europäischen Arbeiterklasse bald weit voraus sein. Denn die Lage, in der sie sich heute befindet, und die einsetzende brutale Notwehr des bedrohten Kapitalismus werden ihr rasch die Erkenntnis ins Gehirn hämmern, daß ihr Heil nicht in einer Konjunktur, sondern in der Ueberwindung des amerikanischen Kapitalismus liegt; ihre Aufgabe ist die Revolution. Die amerikanische Revolution, d. h. die völlige Umwälzung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse, wird unvermeidlich sein für die Beseitigung der Weltkrise. An ihr, die heute in den Arbeitslosenohren geboren wird, wie einst ein anderer Revolutionsführer in einem Stalle, sind wir alle auf das stärkste interessiert.

## Billo, Sohn von Wotan

Von J. O. Curwood.

(Copyright by Grandtche Verlagshandlung, Stuttgart.)

Wenn es schon später gewesen wäre, wenn sie beide schon geschlafen hätten — oder wenn kein Feuer gebrannt hätte —!

Carvel schauderte. Erst wollte er nur im äußersten Notfall schreien, aber ganz plötzlich sah das Gewehr fast wie von selbst an seiner Schulter. Da schuß er eine Feuergerabe dort hinein, wo die Augen am dichtesten waren. Billo wußte es, was diese Schüsse bedeuteten und von dem Verlangen, einen seiner Feinde an die Reife zu springen, ganz toll, stürzte er hinaus in die Dunkelheit. Carvel ergriff ein Schrei der Bestürzung. Er sah die blitzschnelle Bewegung von Billos Körper, bis ihn die Dunkelheit gierig verschlang. Im gleichen Augenblick hörte er das fürchterliche Keifen und Beifen von Fängen und das Aufeinanderprallen von Körpern. Eine wilde Begeisterung durchpflusste seine Adern. Der Hund hatte allein angegriffen; die Wölfe hatten sich abwartend verhalten. Da gab es nur eine Möglichkeit, denn sein vierfüßiger Gefährte hatte sich selber vor die todbringenden Klauen geworfen!

Er konnte das glerige Schnappen dieser Klauen in der Dunkelheit dranhören. Es war toll. Seine Hand griff nach der Pistole in seinem Gürtel; das leergefahrene Gewehr warf er mit dem Kolben nach unten in den Schnee. Mit der starken Waffe in der Hand wagte er sich in die unburchdringliche Nacht hinaus. Von keinen Lippen erkante wildes Gekröh, das man auf fünfzehnhundert Meter weit hören konnte. Mit dem Gekröh erhob sich ein ununterbrochener Feuerstrahl aus der Pistole in die Wasse der flammenden Bestien. Ein Schüsse waren in der Wasse. Carvel lehnte nicht eher in die schwebende Helle des Feuers zurück, als bis die letzte Kugel

verschossen war. Dann lodte er und atmete tief. Jetzt sah er keine Augen mehr vor sich, jetzt hörte er auch die Bewegung der Körper nicht mehr. Sein plötzlicher und wilder Ausfall hatte die Wölfe vertrieben. Aber der Hund! Carvel hielt den Atem an. Sein Auge suchte angestrengt. Da tauchte ein Schatten im Feuerschein auf; es war Billo. Carvel rannte zu ihm hinüber, sagte ihm unter den Schultern und trug ihn zum Feuer. Lange blinnten den Hund zwei fragende Augen an. Carvel lud sein Gewehr, legte Holz auf das Feuer und holte aus seinem Gepäck ein paar Tuchstreifen hervor, mit denen er die drei oder vier tiefsten Wunden an Billos Weinen verband. Und wohl ein dutzendmal fragte er:

„Nun, was für ein Teufel hat dich denn dort hinausgeschickt, alter Freund? Was hast du gegen die Wölfe?“

Die ganze Nacht hindurch schloß er kein Auge, sondern wachte und beobachtete.

Das Erlebnis mit den Wölfen besesselte auch die geringste Ungewißheit, die zwischen Mann und Hund bestanden hatte. Tagelang noch, als sie schon langsam nach Nordwesten zogen, pflegte Carvel Billo wie ein kleines Kind. Wegen der Wunden des Hundes legte er nur wenige Kilometer an einem Tag zurück. Billo spürte das. Von Tag zu Tag wurde seine Liebe zu dem Manne, dessen Hände ihn so sanft berührten wie die Hände Knechtens, und dessen Stimme ihn mit der wohlthuenden Wärme unbegrenzter Kameradschaft erfüllte, immer größer und stärker. Er fürchtete ihn nicht mehr, auch begte er keinen Verdacht mehr gegen ihn. Carvel beobachtete Billo mit aufmerksamem Blick. Die unendliche Leere der Gegend, die sie gerade durchquerten, gab ihm Gelegenheit, auch über die unwichtigsten Dinge nachzudenken, und so beobachtete er Billo von Tag zu Tag genauer. Schließlich entdeckte er etwas an ihm, das seine Aufmerksamkeit erweckte. Immer, wenn sie unterwegs halt machten, wandte Billo den Kopf nach Süden

und wenn sie auf freiliegenden Plätzen standen, stellte er sich immer in den Wind, der von Süden herkam. Das ist ganz natürlich, dachte Carvel; dort unten wird sein altes Jagdgebiet liegen. Aber je mehr Tage vergingen, desto mehr konnte er noch andere Dinge beobachten. Hier und da begann Billo zu winseln, wenn er in die Ferne schaute, aus der sie beide hergekommen waren. An diesen Tagen erfüllte ihn stets eine mächtige Unruhe. Er erweckte aber nicht den Eindruck, als wollte er Carvel verlassen, sondern Carvel glaubte immer mehr zu verstehen, das irgendein geheimnisvolles Rufen aus dem Süden Billo erreichte.

Ursprünglich wollte Carvel noch bevor der markige Schnee kam in das Gebiet des Great Slave Lake, gut zwölfhundert Kilometer weiter nordwestlich gelangen. Von hier aus wollte er dann im Frühjahr, wenn die Flüsse wieder aufgefroren waren, mit dem Rann westwärts zum Mackenzie Fluß und endlich in die Berge von British Kolumbien flüchten. Doch diese Pläne erfuhren im Februar eine Aenderung; Carvel hatte sie während eines heftigen Sturms in der Gegend des Wolbalaio Lake ausgedacht. Als aber sein Stern am tiefsten stand, stieß er im Herzen des dichtesten Tannenswaldes zufällig auf eine Blockhütte, in der ein Lote lag. Der Lote war steif gefroren und mußte schon vor mehreren Tagen von den Lebenden geschieden sein. Carvel schaufelte ihm ein Grab und legte ihn hinein. Die Hütte war eine Fundgrube für Carvel und Billo, besonders aber für Carvel. Offenbar hatte sie keinen anderen Bewohner gehabt als den Mann, der gestorben war. Sie war bequem und reichlich mit Lebensmitteln angefüllt, ja, noch mehr, der Bewohner hatte eine glänzende Beuge an Pelztieren aufgestapelt, bevor ihm der Frost die Lunge gefroren, daß er starb. Voller Freude und mit Sorgfalt überprüfte Carvel die zahlreichen Felle. Sie waren an jeder Handels-

sch nicht ein, warum sie nicht ihm gehören sollten. Innerhalb einer Woche hatte er das ver-schneite Jagdgebiet mit seinen Wegen ausfindig gemacht. So jagte er auf eigene Rechnung.

Das war etwa dreihundertzwanzig Kilometer nordwestlich vom Grey Loon und bald beobachtete Carvel, daß Billo in dem Augenblick, wenn der seltsame Ruf an sein Ohr schlug nicht unmittelbar nach Süden, sondern noch Südosten hinunterschaute. Allmählich stieg die Sonne mit jedem neuen Tag höher am Horizont empor. Es wurde immer wärmer. Der Schnee wurde unter den Füßen immer weicher, die Luft zitterte und schwang — der Frühling nahte.

Mit dem Frühling bestürmte Billo die alte Zehnmit wieder. Die einsamen Gräber hinter dem Grey Loon, die niedergebrannte Blockhütte, das verlassene Jelt jenseits des tiefen Teiches und Repese, alles, alles rief und lodte mächtig. Wieder glaubte er die zarte, süße Stimme der „Weibe“ zu hören, die Berührung ihrer Hand zu spüren und mit ihr in den dunklen Schatten des Waldes zu spielen. Carvel sah immer neben Billo und beobachtete ihn scharf wenn er träumte. Er versuchte zu ergründen, was Billo sah und hörte.

Im April brachte Carvel seine Felle nach Lac la Pêche, das noch weiter nördlich lag. Billo begleitete ihn bis zur Hälfte des Wegs und brach dann — eines Abends bei Sonnenuntergang nach Hause auf. Noch einer Woche lehrte Carvel zurück und fand Billo wieder. Er freute sich sehr darüber, daß er den Kopf des Hundes zwischen die Hände nahm und an sich drückte. Bis Mai blieben sie noch in der Hütte wohnen. Die Knospen sprossen und der Geruch der wachsenden Pflanzen stieg vom Boden auf. Um diese Zeit fand Carvel die ersten der frühen Blumen.

In dieser Nacht noch brach er auf. „Es ist Zeit, daß wir weitergehen“, gab er Billo zu verstehen.

(Fortsetzung folgt.)



### Kommunistische Methode.

Eine echt kommunistische Heldentat verübte die „Internationale“ vom 9. Jänner d. J. Unter dem Titel „Kroftobilstränen über die Rot in Zwidau, aber keine Hilfe Czechs“ jetzete sie zunächst darüber, daß Gen. Dr. Czech durch den (schriftlich-sozialen) Abgeordneten Kreis des Zwidauer Stadtrats verständigen ließ, daß er am 7. die angekündigte Deputation nicht empfangen könne, weil er anderweitig wichtige Sitzungen hatte. Jeder Parlamentarier weiß, daß Gen. Dr. Czech mitunter 60 bis 70 Deputationen an einem Befuchstage (Dienstag und Mittwoch) empfängt, die allen möglichen politischen Gruppen entstammen, und in jedem Ministerium es vorkommt, daß infolge anderer bringenden Geschäfte angekündigte Abordnungen auf ein späteres Datum verwiesen werden. Wenn die Deputation der Stadtgemeinde Zwidau, bestehend aus Christlich-sozialen, Sakentenklern und Kommunisten, an einem bestimmten Tage nicht empfangen werden kann, so ist das gar nichts Ungewöhnliches und passiert auch anderen Seiten. Von Böswilligkeit kann schon gar keine Rede sein. Oder meint die „Internationale“ vielleicht, Gen. Dr. Czech habe vor den Zwidauern Angst?

Die „Internationale“ regt sich ferner darüber auf, daß 30 Gendarmen infolge der letzten Arbeitslosen Demonstrationen nach Deutsch-Gabel geschickt wurden und möchte das am liebsten auf das Konto des Gen. Dr. Czech setzen. Wirklich schreibt das kommunistische Blatt: „Dieser Staat hat für alles Geld in Hülle und Fülle, für die Arbeitslosen hat er nur Gewehrkolben. Und dies geschieht alles unter der Mithilfe der „sozialistischen Minister“.“

Nach der Logik der „Internationale“ will die Deputation der Zwidauer Stadtvertretung also beim Sozialminister — Gewehrkolben für die Arbeitslosen holen! Sehr liebenswürdig ist auch der Schluß des erwähnten Artikels:

„Der Czech hat es mit der großen Rot der Zwidauer Arbeiterklasse nicht eilig! Die Zwidauer Proleten können ruhig verhungern. Da ist kein Kollege schon ein anderer Kerl, der schaut, daß in einem einzigen Tage Deutsch-Gabel in ein Deerslager verwandelt wird. Der hält wenigstens etwas auf sein Messer. Dr. Czech ist schon zufrieden, wenn über die Republik ein anderer Wind geht, die Arbeitslosen, die Rot der Arbeiter in Zwidau geht ihm nichts an!“

Und zu demselben Mann, den man in dieser infamen Weise behauptet beleidigt und herabsetzt, kommen trotz alledem die Kommunisten (nicht bloß die Zwidauer) und sind todtrüb, daß sie doch das erhalten, was sie sonst wegwerfend als „Bettelsuppen“ bezeichnen!

Um die kommunistische Wahrheitsliebe richtig zu kennzeichnen, muß man fragen, was denn sie selbst für ihre Arbeitslosen tun? Wie steht's z. B. mit der gewerkschaftlichen Unterstützung der Arbeitslosen? Das ist ein besonderes Kapitel, über das vielleicht noch eingehend gesprochen wird! Selbst unfähig zu einer ersten Tat, besteht die ganze Kunst der kommunistischen Querschlanten darin, andere zu beschimpfen und für alles verantwortlich zu machen. Ein Summbug, wie er ärger nicht gedacht werden kann.

## Internationale Tagungen.

In den ersten Monaten des neuen Jahres hält die Sozialistische Arbeiter-Internationale eine ganze Reihe wichtiger Konferenzen ab. Sie beginnen mit der Tagung des Internationalen Frauenkomitees der S. A. J. in Prag, am 11. und 12. Jänner. Am Tage vorher, am 10. Jänner, tritt das Präsidium des Internationalen Frauenkomitees, bestehend aus J. L. Adamson (London), Marie Juchacz (Berlin), Betty Karpilova (Prag), Alice Vels (Brüssel) Adelheid Popp (Wien), zur Vorbereitung technischer Fragen zusammen. Das Frauenkomitee wird sich in erster Linie mit der Vorbereitung der großen Internationalen Frauenkonferenz beschäftigen, die unmittelbar vor dem Internationalen Sozialisten-Kongress in Wien, im Juli 1931 zusammentreten wird.

Am 21. und 22. Jänner tagt in Zürich die vom Internationalen Gewerkschaftsbund und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale gemeinsam eingesetzte Kommission zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Diese Kommission tagt unter dem Vorsitz von Walter M. Citrine (London) und Louis de Broekere (Brüssel). Seit ihrer letzten Tagung in Köln haben eine Reihe von Unterkommissionen in Berlin getagt und wird eine weitere Unterkommission am 20. Jänner in Zürich zusammentreten.

Da der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Ausführung der Beschlüsse des Stockholmer Kongresses beschlossen hat, in

Zukunft gemeinsam mit der Sozialistischen Arbeiter-Internationale die Verwaltung des Matteottifonds zu leiten, wird am 23. Jänner in Zürich eine konstituierende Sitzung des nunmehr aus Vertretern des S. A. J. und der S. A. J. bestehenden Komitees zur Verwaltung des Matteottifonds stattfinden. In dieser Sitzung wird vor allem auch geprüft werden, wie die Einnahmen des Matteottifonds gesteigert werden können, um den in der Periode der Reaktion immer steigenden Anforderungen zu entsprechen.

Am 21. und 22. eventuell 23. Februar wird die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Zürich ihre ordentliche Frühjahrstagung abhalten. Die Verhandlungen wird Emile Vandervelde, der von seiner Reise nach Ostasien zurückgekehrt ist und die Geschäfte des Vorsitzenden wieder übernommen hat, leiten. Die Tagung wird sich einerseits mit den drängenden Problemen der politischen Lage insbesondere der Arbeitslosigkeit und der Abrüstung beschäftigen, andererseits die Vorbereitungen für den Vierten Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, der im Konzerthaus in Wien am 25. Juli 1931 zusammentritt und bis zum 1. August tagen wird, treffen. Der Sitzung der Exekutive geht eine Sitzung des Bureaus der S. A. J. am 20. Februar, sowie eine Beratung der Kommission für die Probleme des Völkerbundes vom 17. bis 19. Februar und eine der Kommission für die Abrüstung am 18. und 19. Februar voraus.

## Der Angriff des Deutschen Hauptverbandes der Industrie auf die Löhne der Arbeiter.

### Lohnvertragskündigung in der Metallindustrie.

Der Deutsche Hauptverband der Industrie hat am 1. Jänner d. J. fast alle Lohnverträge in der Metallindustrie gekündigt. Für das Bezugsgebiet Warschau, Rumburg, Georgswalde und Böhm.-Ramanitz wird

ein Abbau von 15 Prozent verlangt.

Bei der Kündigung des Vertrages für das Gebiet Reichenberg, Friedland, Grottau und Sandau wurde eine Forderung noch nicht übermittelt, sondern sollen die Unternehmer ihre Wünsche erst nachher bekanntgeben.

In der Vertragskündigung für die Eisenindustrie in Ostböhmen verlangen die Unternehmer den Abbau der bestehenden Prozentigen Feuerungszulage. Auch der Vertrag für Westschlesien wurde von der Unternehmerorganisation gekündigt und sind die Forderungen der Unternehmer bis jetzt noch nicht bekannt.

Obwohl in der letzten Zeit die Industrie sehr stark über die mangelnde Kaufkraft im Inlande klagt und dieselbe als eine bedeutende Ursache der Wirtschaftskrise bezeichnet, scheint der Deutsche Hauptverband der Industrie der Auffassung zu sein, durch eine weitere Verschlechterung der Lohnverhältnisse der Arbeiter die Industrie zu fördern. Es ist nachgewiesen, daß

die Tschechoslowakei zu jenen Ländern gehört, die ohnehin die niedrigsten Löhne zahlen.

Mit Recht wurde in einer Reihe von Staaten darüber Beschwerde geführt, daß die tschechoslowakische Industrie ein Vohndumping betreibt.

Daß durch solche Maßnahmen, die eine Reduzierung des Einkommens breiter Arbeiterschichten veranlassen sollen, die Kaufkraft der Arbeiterklasse noch mehr geschwächt wird und dadurch die Abnahmefähigkeit der Industrie verringert werden muß, scheint den Herren vom Deutschen Hauptverband nicht einzuleuchten. Ihrer Ansicht nach kann die Industrie nur dadurch gerettet werden, wenn die Bedürfnisbefriedigung der Arbeiterklasse bis auf das äußerste Existenzminimum herabgedrückt wird.

Zu diesen geplanten Maßnahmen haben jedoch auch die Metallarbeiter noch ein entscheidendes Wort mit zu sagen. Trotz allem Verständnis für die gegenwärtige wirtschaftliche Lage der Industrie, sind die Metallarbeiter nicht geneigt, auf ihre Kosten die Gewinne der Industrie zu sichern. Sie werden sich gegen diesen Raubzug mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zur Wehr setzen und den Beweis erbringen, daß die Kampfkraft der Metallarbeiter auch durch die Krise noch nicht geschwächt wurde.

## Sklaverei statt Sozialismus.

### Die Folgen des Staatskapitalismus im Sowjetparadies.

Die Sowjetregierung hat neue Verordnungen über die Arbeitsdisziplin in den Sowjetfabriken veröffentlicht, die den letzten Rest von Arbeiterrechten und Arbeiterfreiheiten in Sowjetrußland beseitigen. Arbeiter, die die „Disziplin“ verletzen, können strafflos entlassen werden, sie werden auf eine Schwarze Liste gesetzt und werden erst nach sechs Monaten wieder beschäftigt. Sie können außerdem wegen Verletzung der Arbeitsdisziplin strafrechtlich verfolgt werden. Welch ein Vorbild für alle Schwarzarbeiter! Arbeiter, deren Produkt untauglich ist, können ihres Anspruchs auf Lohnzahlung verlustig erklärt werden, sie können außerdem zur Schadenersatzleistung bis zu einem Betrage von 50 Rubel angehalten werden.

Die Arbeiter in Sowjetrußland sind nur noch „Hände“, wie es in der Sprache des Manchester-Kapitalismus heißt. Das Wort „Freiheit“ existiert nicht mehr im Wörterbuch der herrschenden kommunistischen Partei. Es war einst das Ideal der Revolutionäre, die für die Befreiung der Leibeigenen von der Knecht der Gutsherren und der Arbeitermassen von der politischen Unfreiheit des absolutistischen Zarenturns kämpften. Freiheit war das Ideal der russischen wie der westeuropäischen kämpfenden Arbeiterklasse.

Der herrschende Kommunismus hat das Ideal in den Staub getreten. Keine Freiheit unter dem Jazismus in Rußland, keine Freiheit unter dem Absolutismus des Stalinschen Regimes!

Man sage nicht, daß der russische Kommunismus trotz allem die Arbeiterklasse vom Joche des Kapitalismus befreit habe. Das System, das heute in Rußland herrscht, ist der jämmerlichste und brutaleste Staatskapitalismus, der das ganze Volk unterjocht und in finstere politische, soziale und geistige Unfreiheit hält.

Die Arbeiterklasse ist in Rußland nichts weniger als herrschende Klasse. Diese Illusion ist

schon längst verloren. Als die Bauern durch den Frühjahrsplan verarmt worden, ist diese Illusion zum letzten Male aufgekommen. Ueber der Bauernschaft schwang die Knete Stalins. Sie wurde von der Scholle vertrieben und in die Kolchofen hineingepreßt. An die Stelle der Knete des Gutsherrn trat das Bajonett des Rotarmisten. Der Arbeiter aus der Fabrik wurde als Werkzeug der Unterdrückung an die Dorfstadt kommandiert.

Die Bauernschaft ist unterdrückt, und nun lastet das System der Unfreiheit schwer auf der industriellen Arbeiterschaft. Die Knete Stalins schwingt über ihr wie über den Bauern. Die Einheitsfront der Arbeiter und der Bauern ist wieder hergestellt, aber es ist die Einheitsfront des Duldens, der Unterdrückung, der Unfreiheit, es ist die Einheit und die Brüderlichkeit von Staatsklaven.

Wer vom Dorf in die Stadt flüchtet, fällt aus dem einen Unterdrückungssystem in das andere. Die Arbeitslosigkeit ist abgepflegt — das heißt, es wird keine Arbeitslosenunterstützung mehr gezahlt. Wirklich Arbeitslose interessieren den Moloch des bolschewistischen Staates nicht mehr. Sie können am Weg verenden!

Stück für Stück sind von der russischen Arbeiterklasse unter der Herrschaft des Kommunismus die Rechte abgefallen, die sich die Arbeiterklasse der ganzen Welt seit den Zeiten des ungehemmten jungen Kapitalismus erkämpft hat. Alles, was im hochentwickelten Kapitalismus Ergebnis des Generationen hindurch währenden Arbeitskampfes der Arbeiterklasse ist, was als Brücke vom Kapitalismus in eine künftige bessere Gesellschaftsordnung geschlagen worden ist, das wird vom neuen russischen Absolutismus Stück für Stück vernichtet.

Das große Experiment, der Sprung vom Feudalismus in den Sozialismus über das kapitalistische Zeitalter und keine Entwicklung hinweg, hat in Sowjetrußland in einem Staatskapitalismus früher Prognose gendert. Der russische

Arbeiter von heute ist so unfrei wie der westeuropäische Arbeiter vor hundert Jahren. Der westeuropäische Kapitalismus hat in seinen hemmungslosen Junglingsjahren ein Heer von Proletariern herangezogen, von Nichts-als-Handen, mit brutalen Verwaltungsverfahren, mit maßlosem Hunger und Elend und maßloser Unfreiheit. Am Beginn der Geschichte der Arbeiterklasse steht ihre furchtbare Leidenszeit. Der Weg von diesen Anfängen bis auf den heutigen Tag aber war ein Weg der Befreiung, ein Weg zu menschenwürdigeren Zuständen im Politischen, im Sozialen und im Geistigen.

In Sowjetrußland hat die Geschichte der Arbeiterklasse die Weggang verändert. Sie geht zurück in die Knechtschaft. Das große russische Volk zeigt heute unter der Herrschaft des Stalins ein grandioses Gemälde der Unfreiheit, das nur vergleichbar ist mit der Unfreiheit und dem Elend der Arbeiterklasse zur Zeit des Kapitalismus manchesterlicher Prägung. Hier schwingt nicht der frühere kapitalistische Unternehmer seine Geißel, wohl aber ein brutales, absolutistisches Herrschaftssystem asiatischer Prägung! Hier sind die Arbeiter „Hände“ wie in der Zeit des Manchester-Kapitalismus und Leibeigene zugleich wie in der Feudalzeit. Hier ist die Leibeigenschaft auf dem Lande wiederkehrt. Hier herrscht nicht nur die brutale soziale und wirtschaftliche Unterdrückung, sondern zugleich die schlimmste Geistesknechtschaft!

Wie eine finstere Wolke liegt der Druck der Unfreiheit über dem russischen Volk. Die Herrschaft des Bolschewismus bedeutet den Tod der Freiheit!

### Bürgerlich-kommunistische Koalition gegen die Sozialdemokratie.

Aus Görden (bei Ragan) wird uns geschrieben: Die Gemeindevertretung von Görden hat aufgehört zu funktionieren. Was ist geschehen, daß ein solcher Schritt unternommen werden mußte? Die Kommunisten, deren Rimbuss fast gänzlich zu verfallen drohte, haben nun das richtige Mittel gefunden, die sozialistische Gemeindeverwaltung zu beseitigen. Sie haben mit den Deutschbürgerlichen ein Bündnis geschlossen, um den verhassten Sozialdemokraten energisch zu Leibe zu gehen. Die Zielsehne ihres gefährlichen Kampfes war schon seit dem Bestehen der kommunistischen Partei der Genosse Seidel als Vorsteher. Weil auch den Bürgerlichen eine sozialistische Verwaltung in der Gemeinde zuwider ist, so kam endlich eine deutschbürgerlich-kommunistische Einheitsfront zustande. Die Kommunisten haben sich ja schon immer strupplos über die Interessen der Arbeiter hinweggesetzt, nur daß es nicht immer so offenkundig war, wie es hier geschehen ist. Das Gemeindefinanzgesetz, das von der letztzeitigen Bürgerblockschheit im Parlament beschloffen wurde, ist nun auch keine verheerende Wirkung in den Finanzen unserer Gemeinde aus. Der größte Steuerträger des Ortes, die Firma Cosmanos, ist nun mit ihrer Erwerbsteuerbescheidung von über 218.000 K im Jahre 1929 bis auf 14.568 K im Jahre 1930 gesunken. Die Steuererschreibungen dieser Firma betragen vom Jahre 1921 bis 1926 allein 401.262 K. Diese Steuerabreibungen und die sich immer tiefer senkenden Steuererschreibungen der Firma Cosmanos haben für die Gemeinde eine Umlagenüberzahlung von rund einer halben Million Kronen ergeben, die nun das Steueramt von den Zuweisungen an die Gemeinde in Abzug bringt. Durch diese Auswirkungen des Gemeindefinanzgesetzes wurde die Gemeindevertretung in die Zwangslage versetzt, verschiedene Aufgaben einzuführen, von denen die Bevölkerung bisher verschont war. Das ist jetzt der Angriffspunkt der deutschbürgerlich-kommunistischen Koalition, um die verhassten Sozialdemokraten und besonders ihren Vorsteher zu treffen. Die Voranschlagsberatungen gaben die beste Gelegenheit dazu. Beim ersten Ansturm konnten sich die Kommunisten in die ihnen zugeordnete Rolle noch gar nicht hineinfinden und stimmten ebenfalls gegen die bürgerlichen Verordnungsanträge. Erst als ihnen hinter den Kulissen die Hand von den Augen gerissen wurde, wurde ihnen der Jock der bürgerlichen Anträge klar. Die Kommunisten wollten nun die von ihnen vorher mit abgelehnten Anträgen in der nächsten Gemeindeversammlung wieder her und erhielten dabei selbstverständlich die Unterstützung ihrer namengebenden deutschbürgerlichen Koalitionsgenossen. Das Ziel ihrer Wünsche lag ja jetzt so nahe und was voranzutreiben war, trat denn auch ein Dem Vorsteher wurde das Mißtrauen von der deutschbürgerlich-kommunistischen Koalition angeschlossen, nachdem nun eine Wehrheit gegen die Sozialdemokraten zustande gebracht war. In der am 6. Jänner stattgefundenen Gemeindeversammlung gab Genosse Seidel eine Erklärung ab, in der er die Verhältnisse der Gemeinde kurz schilderte und auf das Verhalten der gemeinten bürgerlichen und kommunistischen Gruppen hinwies. Da diese beiden Gruppen nunmehr eine Wehrheit in der Vertretung bilden, die sich in erster Reihe gegen seine Person wendet, legt er seine Funktion als Vorsteher sowie sein Mandat als Gemeindevertretungsmitglied nieder. Genosse Guttman gab hierauf für die Fraktion der deutschen sozialdemokratischen Vertreter die Erklärung ab, daß sie sich mit ihrem Vorsteher als Parteigenossen solidarisch erklären und ebenfalls die Mandate niederlegen. Für die tschechischen sozialdemokratischen Vertreter und für den Vertreter der tschechischen nationalsozialistischen Partei gab der Genosse Oruba die Erklärung ab, daß sie sich den deutschen Genossen ebenfalls angeschlossen und ihre Mandate gleichzeitig niederlegen. Hieraus verließen sämtliche Genossen die Sitzung, so daß dieselbe vom Verhassten geschlossen wurde. Die deutsch-kommunistische Einheitsfront blieb noch eine Weile zur geistigen Unterhaltung beisammen.

### Kommunistische Ignoranz.

#### Die Kommunisten halten den Genossen Dr. Czech für den Eisenbahnminister.

Ein Beispiel, wie dumm, demagogisch und gewissenlos die kommunistische Presse den Genossen Dr. Czech angreift, ist das nachstehende: Im „Vorwärts“ und in der „Internationale“ vom 8. Jänner findet sich eine Notiz mit einem großen zweifelhaften Titel „Dr. Czechs Reue über die Eisenbahn“, worin eine Nachricht des „Slovák“ wiedergegeben und in der behauptet wird, daß die Krankenkassenbeiträge der Eisenbahner um 100 Prozent werden erhöht werden. Die Quelle dieser Nachricht ist, obzwar der „Slovák“ ein slowakisch-keristales Blatt ist, für die Kommunisten nicht im geringsten antürlich, sie nehmen die Nachricht, welche sie auf den sozialdemokratischen Minister versprochen, aus jeder Mißgebende. Es wird da geredet von kostspieligen Studien- und Vberreisen der Krankenkassendirektoren und der hohen Bürokraten, sowie ihren „ungeheuren“ Gehältern.

Zunächst ist festzustellen, daß von einer Erhöhung der Krankenkassenbeiträge der Eisenbahner um 100 Prozent keine Rede ist. Würde das geschehen, würde das die Eisenbahner ungefähr 60 Millionen K kosten, was sich der Herr Eisenbahnminister angesichts der wirtschaftlichen Lage der Eisenbahnen überlegen wird. Aber was geht das alles den Minister Dr. Czech an? Die Eisenbahnkrankenkasse gehört reformunfähig gar nicht in das Arbeitsgebiet des Ministers für soziale Fürsorge, sondern in das des Eisenbahnministers. Es ist ein Beweis für die politische Unkenntnis, welche in den kommunistischen Redaktionsstuben herrscht. Oder sollte man in Warschau den Genossen Dr. Czech für den Eisenbahnminister der Tschechoslowakei halten?

Englis auf Urlaub. Wie die „Prager Presse“ meldet, bleibt der Finanzminister Dr. Englis bis auf weiteres in Tatra-Lomniz. Die Krankheit seiner Frau ist zwar etwas gebessert, doch ist auch Englis selbst sehr erholungsbedürftig. Er bleibt mindestens bis Ende Jänner in der Tatra und wird sich auch nicht an den Beratungen der Wirtschaftsminister in der nächsten Woche beteiligen.



# Tagesneuigkeiten.

## Schweres Eisenbahnunglück in Polen. Angeblich sechzig Verletzte.

Warschau, 9. Jänner. Wie dem „Express“ aus Warschau gemeldet wird, ereignete sich auf der Strecke Osti-Wojnowice gestern ein schweres Eisenbahnunglück. Infolge der Fahrlässigkeit eines Maschinisten überfuhr ein Personenzug etwa vier Kilometer vor Osti das Bahnsignal und stieß mit einem dort haltenden Güterzug zusammen. Der Personenzug wurde aus dem Gleis geworfen. Es sollen angeblich sechzig Personen verletzt worden sein. Der Führer, der betrunken gewesen sein soll, wurde verhaftet.

## Die fliegenden Frauen

hundert Stunden in der Luft.

Los Angeles, 9. Jänner. (Reuters.) Die amerikanischen Fliegerinnen Trout und Cooper, die auch den von Männern aufgestellten Dauerflugrekord zu brechen versuchen, befinden sich zur Zeit bereits volle hundert Stunden in der Luft.

## Selbstanzeige wegen eines Mordes vor fünf Jahren, der sich aber nicht feststellen läßt.

Dieser Tage gab der beschäftigungslose 43jährige Russische Franz Müller bei der Prager Polizei an, daß er vor nahezu fünf Jahren in Prag eine Frau ermordet habe. Im Herbst 1926 sei er von Böhm.-Brod, wo er damals in Arbeit stand, nach Prag gekommen und hätte im Hotel eine Nacht mit einer Prostituierten verbracht, die er am Morgen ebenso wenig mehr bei sich vorgefunden habe wie seine Krieftasche, die seine ganzen Ersparnisse im Betrage von mehr als zwanzigtausend Kronen enthielt. Am 6. März desselben Jahres sei er wieder nach Prag gekommen, hätte nach langem Suchen die Prostituierte — von der er nur wußte, daß sie Blazena hieß — wiedergefunden. Das Mädchen habe den Diebstahl gestanden und aus Aufregung darüber habe er sie mit seinem Stiefel niedergeschlagen. Da sie kein Lebenszeichen mehr von sich gab, habe Müller geglaubt, er hätte sie erschlagen, und habe den Leichnam sodann von der Karlsbrücke, wo sich die ganze Szene abgespielt haben soll, in die Moldau geworfen. Das Gewissen hätte ihn in den vergangenen Jahren keine Ruhe gegeben, weshalb er sich nunmehr zur Selbstanzeige entschloß.

Die Untersuchung der Angaben Müllers, der in seiner Heimat den besten Ruf genießt und sich niemals noch etwas zuschulden kommen ließ — vor dreizehn Jahren in ihm die Gattin mit dem Kind durchgegangen — führten bisher zu keinerlei Ergebnis. Die Liste der Vermöglichen, die den einzigen Anhaltspunkt geben könnte, verzeichnet zwischen dem 7. März und Ende Juni des Jahres 1926 nur eine einzige Frau, die, und zwar am 26. Juni, aus der Moldau gezogen wurde und bei der Abreise mit Müllers Passpaß gefunden werden konnte. Bei dieser Verleugung wurde aber damals keine Verwundung festgestellt und sie war auch ganz anders gekleidet, als Müller das schildert.

Der Fall liegt also vorläufig noch völlig im Dunkeln. Der Polizeiarzt hat die vollkommen neue Furchenbarkeit Müllers festgestellt, so daß man also nicht annehmen kann, daß Müller in gestörtem Geisteszustand eine so furchtbare Selbstbegehung fälschlich erbot.

## Einer von den „Berlässlichen“.

Ende November v. J. wurde der frühere Sekretär des Bezirkes Weyßhaid Samuel Zellner wegen Veruntreuung sowie Fälschungen von Sparscheinbüchern, Posterscheinen und Stenogrammprotokollen durch das Kreisgericht in Leitmeritz verurteilt. Er hatte den Bezirk Weyßhaid in den Jahren 1925 bis 1929 um 66.386 K. geschädigt. Auch nachdem die Bezirke Weyßhaid und Sauba im Jahre 1928/29 in einem einheitlichen Bezirk Douda zusammengefaßt worden, hat sich der Bezirkssekretär noch weitere Verfehlungen zuschulden kommen lassen. So hat er einen Forderlagchein der Gemeindepflichte in Meinit gefälscht, indem er zur Bedeckung einer Rechnung an die Firma Josef Krösel im Betrage von 17.478 K. den Erlagchein auf den Betrag von 17 K. ausfüllte und nachträglich die Empfangsbekundigung durch Einfügen der Ziffern und Worte auf den vollen Betrag ergänzte. In seinem eigenen Vorteil hat er unter anderem ein Stenogrammprotokoll gefälscht und sich auf diese Art in die 1. Gruppe des neuen Gehaltsmaßes eingereiht.

Herr Zellner war ein guter, verlässlicher Deutschnationaler. Er spielte im privaten und politischen Leben eine Rolle als Vertrauensmann der deutschen Vereine und Körperschaften. Als solcher mochte er sich besonders durch sein entschiedenes Auftreten gegen die deutschen Sozialdemokraten bei seinen Auftraggebern sehr beliebt. Zellners Feindschaft gegen die Sozialdemokraten hatte aber weniger politische als vielmehr höchst persönliche Gründe, denn er fürchtete um Necht ihre schärfere Kontrolle. Seine Manipulationen wurden auch zuerst durch die Sozialdemokraten in der Bezirksjugendfürsorge aufgedeckt, wodurch diese Organisation vor größerem Schaden bewahrt blieb. Im Bezirke

waren die bürgerlichen Herren höchst unter sich und so konnte sich der verlässliche deutschnationaler Sekretär „nützlich anarbeiten“. Jetzt will die deutschnationaler Partei allerdings von ihm nichts mehr wissen.

## Wenn man für 2 Millionen Juwelen bei sich trägt!

Der Boyer Carpentier und seine Frau im Auto ausgeraubt.

New York, 8. Jänner. Der bekannte französische Boyer Carpentier und Frau Ella Grey-Chaplin, die geschiedene Frau Charlie Chaplins, waren Mittwoch abends die Opfer eines verwegenen Raubüberfalls. Als sie ein Theater, in dem sie aufgetreten waren, verließen und in ihr Auto stiegen, drangen mehrere Banditen unauffällig in das Auto ein und zwangen den Chauffeur mit vorgehaltenem Revolver, nach einer entlegenen Vorortstraße zu fahren. Dort wurden Frau Chaplin und Carpentier ihrer Barchast und ihrer Juwelen beraubt, worauf die Räuber mit dem Auto davonfuhren. Frau Chaplin gibt an, daß sie allein Juwelen im Werte von 70.000 Dollar verloren habe. Den Beraubten gelang es erst nach längerem Umherwandern, eine Autoverfolgung zu finden, mit der sie in ihr Hotel zurückkehrten.

## Schnee- und Wetterberichte.

Naturfreundehaus Neuhammer, 800 Meter (Erzgebirge, Südwest): 6 Minus, 30 Zehntelmeter Alt-, 15 Jm. Neuschnee, Pulver, klares Wetter, Witterungsaussicht: andauernd.

Naturfreundehaus Rüdenberg, 800 Meter (Erzgebirge, Mitte): 6 Minus, 30 Jm. Schnee, Pulver, bewölkt, prima Ski- und Kodelbahn, andauernd.

Königshöhe, Erzgebirge: Gute Schneesverhältnisse, prächtiges Wetter.

## „Los Angeles“ wirkt bei Manövern mit.

Washington, 9. Jänner. Amtlich wird die Blättermeldung bestätigt, daß die Vereinigten Staaten bereits von Großbritannien, Frankreich, Japan und Italien die Genehmigung erhalten haben, das leistungsfähige Luftschiff „Los Angeles“ bei den nächsten Manövern bei Panama abzuhalten. Diese Einverständniserklärung der oben genannten Staaten war nämlich notwendig, da die Vereinigten Staaten den Zeppelin, das ist das heutige Luftschiff „Los Angeles“, unter Bedingungen erhalten haben, die durch den Friedensvertrag von Versailles festgelegt waren und die u. a. besagen, daß das Luftschiff zu keinerlei militärischen Zwecken verwendet werden dürfe.

Minister Dörers Rutter gestorben. Donnerstag abends verschied in Pöchlitz nach einer Operation die Witwe des Abolaten Dr. Josef Dörers aus Malada, Frau Pauline Dörers, im Alter von 68 Jahren. Sie war die Mutter des Unterrichtsministers Dr. Dörers. Das Leichenbegängnis findet heute nachmittags in Malada statt. Die Verstorbene war Mutter von vier Söhnen und fünf Töchtern.

Keine Zusammenlegung der Theater Aulitz und Tepitz. Am letzten Mittwoch fand im Deutschen Haus in Prag eine Aussprache zwischen den Vertretern der Städte Aulitz und Tepitz und den Vertretern des Bundes der deutschen Bühnenangehörigen in der Tschechoslowakischen Republik statt, die sich mit der Frage des Zusammenschlusses der Theater der beiden Städte unter eine einheitliche Leitung und der Führung einer gemeinsamen Oper beschäftigte. Die Aussprache führte zu dem Ergebnis, daß derzeit, mit Rücksicht auf die Verhältnisse, die eine merkliche finanzielle Ersparnis durch den Zusammenschluß nicht zulassen und die ungunstigen Ergebnisse der Städtebündeltheater in Deutschland von einem Zusammenschluß in irgendwelcher Form Abstand genommen werden muß. Dringend notwendig ist die angiebliche Unterbringung der Theater aus Staats- und Landesmitteln, wenn sie ihre kulturellen Aufgaben erfüllen sollen.

Gebirnsvoller Mord. Große Erregung hat in Washington infolge der ungewöhnlich geheimnisvollen Umstände die Ermordung eines 19-jährigen Mädchens hervorgerufen. Man hatte zunächst geglaubt, das Mädchen sei eines natürlichen Todes gestorben, aber der Vertreter des Beerdigungsinstituts entdeckte am Schädel eine Schußwunde, die durch die sorgsam darübergeklebten Haare verborgen war. Als die Polizei auf seine Anzeige hin an Ort und Stelle erschien, war die Leiche spurlos verschwunden. Die Untersuchung hat jetzt zur Verhaftung eines Polizisten geführt, der regelmäßig Patrouillendienst in der Nähe des Wohnhauses des Mädchens gemacht hat. Es wurde festgestellt, daß er ein teures Haus gemietet hatte, in dem außer einer voll ausgestatteten Brennerlei ein großes Arsenal von Gewehren und Revolvern gefunden wurde. Es verriet, daß Präsident Hoover selbst eingegriffen und den Washingtoner Polizeidirektor streng angewiesen habe, der Sache völlig auf den Grund zu gehen.

Vor die Räder des Personenzuges Eger-Karlstod, der um 7 Uhr morgens den Ort Maderhöfen passiert, warf sich am Freitag der 18-jährige Tapfererlehrling Franz Kreil. Er wurde vom Zuge furchbar vercrümmelt und war auf der Stelle tot. Die Ursache des Selbstmordes ist unbekannt.

Ein Komiker, der seine Frau wegen Ehebruchs einsperren läßt. Eine hervorragende italienische Schauspielerin, die erste Darstellerin der Gattspieltruppe Tebo Mari, Frau Lia Orlandini, wurde Donnerstag morgen im Hotel Capour in Florenz verhaftet, um eine dreimonatige Gefängnisstrafe wegen Ehebruchs zu verbüßen. Ein bekannter italienischer Komiker hatte das Urteil in Mailand erwirkt, während seine Frau auf einer Tournee durch die Vereinigten Staaten weilte. Sie wurde in contumaciam verurteilt und nach Eintritt der Rechtskraft wurde ein Haftbefehl gegen sie erlassen, dem sie zu entkommen trachtete, in dem sie das Hotel wechselte. Nun mußte sie jedoch den Carabinieri ins Gefängnis folgen.

Groteske Tragödie aus dem Weltkrieg. Aus London wird gemeldet: In einem jetzt erschienenen Buch „Auf gut Glück und mit Gott“, dessen Verfasser der ehemalige Navigationsoffizier der britischen Kriegsmarine William Carr ist, wird, Blättermeldungen zufolge, geschildert, wie während des Weltkriegs ein britisches U-Boot irrtümlich ein britisches U-Boot versenkte. Die U-Boote waren in U-Bootshäfen; sie waren als harmlose Fischdampfer aufgemacht, fuhren aber mehrere maschinelle Geschütze. Die Besatzung des fraglichen U-Bootes glaubte bei einer Gelegenheit, das deutsche Boot „A 6“ vor sich zu haben, und drückte den vermeintlichen Gegner durch mehrere wohlgezielte Schüsse zum Sinken. Erst als das Boot unterging, bemerkte das U-Boot, daß es das britische U-Boot „A 6“ beschossen hatte. Mit diesem Boot, das 34 Mann Besatzung hatte, gingen damals 19 britische Seeleute in die Tiefe. Nur 15 Mann konnten gerettet werden. In der amtlichen Untersuchung wurde erklärt, daß der Besatzung des U-Bootes keine Schuld beigemessen sei. Sie erhielt wegen der von ihr bewiesenen Treffsicherheit sogar eine Belohnung!

Auflösung des Chicagoer Journalistenmordes. Der Mörder des Berichterstatters der „Chicago Tribune“, Alfred Zingle, ist jetzt endgültig festgehalten worden. Wie der Staatsanwalt Swanson mitteilt, ist Leo Broder, der am 1. Dezember verhaftet wurde, der Täter. Swanson erklärt, daß er weitere Einzelheiten demnächst bekanntgeben werde. Wie es heißt, soll Broder, der Mitglied einer Verbrecherbande in St. Louis war, von Helfershelfern des Bandenführers Jof Jura gezwungen worden sein, um im Juni des Vorjahres zu ermorden. Jura selbst fiel vor einiger Zeit ebenfalls Mordern zum Opfer.

Morddrama in England. In einem einsamen Moorgebiet in Northumberland ereignete sich ein furchtbarer Mord. Die 28-jährige Tochter Edwin eines Gangesbesizers aus Otterburn hatte einen Mann ein Stück in ihrem Auto mitgenommen. Unterwegs schlug der Unbekannte das junge Mädchen nieder, steckte das Auto in Brand und ließ den Wagen mit der Insassin einen Hügel hinabrollen. Das Mädchen wurde schwer verletzt und von zahlreichen Brandwunden bedeckt aufgefunden. Nachdem es kurz mitgeteilt hatte, was ihr geschehen war, verschied es.

Natiger Mordmord. In der Nacht zum Donnerstag wurde auf einem Pariser Bauplatz der Nachwächter einer Versicherungsgesellschaft von einem noch unbekanntem Täter mit unzähligen Beilblößen zu einer unkenntlichen Fleischmaße zusammengeschlagen. Man nimmt an, daß es sich um einen Racheakt handelt.

25 Fischer vermißt. An der finnischen Küste werden 25 Fischer vermißt. Man befürchtet, daß ihre Boote durch Eisgang ins offene Meer abgetrieben wurden.

Der Richard Oswald-Film „1914“ ist Donnerstag nach einer erneuten Prüfung von der Filmprüfstelle in Berlin ohne Aussonnerungen für Jugendliche zugelassen worden. Nachdem der Film mit einer Vorrede von Dr. Eugen Fischer vorgeführt worden war, erklärte der Vertreter des Archidämonen Amtes in einem Gutachten, das Auswärtige Amt habe zwar noch einige Bedenken gegen den Film; diese Bedenken seien aber nicht derart, daß sie ein Verbot des Films rechtfertigen würden. Das Auswärtige Amt verlangte lediglich die Entfernung von zwei Szenen aus dem Filmstreifen, und zwar einer Szene in der Sazonow die deutsche Kriegserklärung dem Zaren überreicht und einer Szene, in der Reichskanzler Bethmann-Hollweg erklärt, er könne die Verantwortung für diesen Krieg nicht tragen. Nachdem in Vertretung der Herstellerfirma zwei Rechtsanwältinnen ihre Plaidoyers gehalten hatten und nachdem der Vertreter der Jugendlichen erklärt hatte, daß es seine Pflicht sei, die Jugend darüber aufzuklären, wie der Krieg entstand, verkündete die Kammer den oben angeführten Beschluß.

Der Abgeordnete im Löwentafel. Wie die Blätter aus Glasgow melden, hat ein Mitglied des Unterhauses, der Arbeiterabgeordnete John Clarke, in einer dortigen Menagerie eine Rundgebung gegen eine Gesetzesvorlage veranstaltet, wie sie in der Geschichte des Parlamentarismus noch nicht dagewesen sein dürfte. Clarke ist Gegner der Gesetzesvorlage über die Zuchtverbote von Tieren, weil er glaubt, daß sie die Zirkusdirektoren, Menageriebefitzer usw. in der Ausübung ihres Berufes schwer behindern würde. Um nun den Beweis zu erbringen, daß man sich in Gesellschaft von Raubtieren aufhalten kann, ohne sich durch irgendwelche brutalen Mittel zu schützen, begab er sich Donnerstag abends zweimal in einen Käfig, in dem sich zwei ausgewachsene Löwen und zwei Tiger befanden. Das erste Mal war er

## Vom Rundfunk.

Sonntag.

Prag: 12.04—13.05 Klammfisch, 18—18.45 Deutsche Sendung aus Marietta von C. Straus, 20—22 Sinfoniekonzert. — Brünn: 10 bis 12 Sinfoniekonzert, 18.15—18.45 Deutsche Sendung, 19.05 Sinfoniekonzert, 20.05 Sinfoniekonzert, 21.05 Sinfoniekonzert, 22.05 Sinfoniekonzert, 23.05 Sinfoniekonzert. — Böhmer-Ostsee: 22.20—23.30 Leichtes Musik. — Berlin: 17 Volkstümliches Orchesterkonzert, 18.30 Chöre. — Gumburg: 12.15 Carl Legien-Fest, 20 Volkstümliches Konzert. — Leipzig: 18.30 Stunde der großen Städte, 21.10 Leichtes Musik. — München: 18.35 Lieberstunde, 19.15 Der Vogelbändler, Operette von Karl Heller. — Wien: 10.10 Sinfoniekonzert der gefiederten Sänger, 10.30 Chorvorträge, 11.05 Wiener Sinfoniekonzert, 15.05 Kammermusik, 19.40 Klavier, Transkription von Dr. Grillparzer. (Zum 10. Todestag.) — London II: 22.05 Orchesterkonzert. — Railroad: 21 Opernübertragung.

von einem Tierhändler begleitet, das zweitemal aber erging er sich allein unter den wilden Tieren, die ihm zwar die Zähne wiefen, aber nichts zuleide taten. Immerhin atmeten die Zuschauer erleichtert auf und spendeten für menschlichen Beifall, als der beherrschte Parlamentarier sich umdreht wieder diesseits des Käfiggitters befand.

Notlandung polnischer Militärflieger in Preußen. Zwei polnische Militärflugzeuge sind gestern vormittag in Oppeln notgelandet. Von zunächstiger preussischer Seite wird erklärt, es liege nach Prüfung der Angelegenheit fest, daß das Vorkommnis keinerlei Zusammenhang mit der Anwesenheit des Reichsflanzlers und seiner Begleiter habe. Die polnischen Flieger seien zweifellos durch das sehr schlechte Wetter und infolge des starken Schneeeinfalles, das die Sicht behinderte, zu ihrem Heruntergehen auf deutschem Gebiet gezwungen worden.

Ein Bankier, der Millionen unterschlug. Der Bankier Karl Primavesi und sein Prokurist Paulischek in Schwedt a. O. wurden verhaftet. Beide sollen der „Bösischen Zeitung“ zufolge anvertraute Gelder und Wertpapiere in der Höhe von 400.000 Mark unterschlagen haben.

Ein österreichisches Schloß in Flammen. Donnerstag um 20 Uhr entstand in dem fast tausend Jahre alten Schloß Hohen-Werke in Salzburg, das im Besitze des früheren Erzherzogs Eugen, der zur Zeit in Bakl lebt, ist, ein Zimmerbrand, der alsbald so um sich griff, daß zwei Schloßtraktate samt der wertvollen Bibliothek und dem berühmten Ritter-saal ausbrannten. Die Trakte, die mit Türmen gesiert sind, ließen vom Feuer verschont. Der Brand konnte bei äußerst ungünstigen Wasser-Verhältnissen erst gestern morgens lokalisiert werden. Die Brandursache sowie die Höhe des Schadens ist bisher nicht bekannt geworden.

Ägyptische Studenten dürfen Ausländerinnen nicht heiraten. Das Unterrichtsministerium in Kairo hat eine Verordnung erlassen, welche Studenten, die seitens der ägyptischen Regierung irgendwelche Stadien in europäischen Länder geschickt wurden, die Eheverbindung mit Ausländerinnen verbietet, da derartige Ehen bloß in so geringfügigen Differenzen betreffend die Staatsangehörigkeit führen, für die dann die ägyptische Regierung die Verantwortung übernehmen müsse.

Karbol statt Vifor. Bei einer Hochzeitsgesellschaft in Gerhardsfelde (Ehrenstein) wurde einem Postboten, der ein Glückwunschtelegramm gebracht hatte, ein gefülltes Viforglas gereicht. Der Vifor trank das Glas aus. Dann brach er tot zusammen. Dem Vifor war Karbol, das in einer Viforkanne aufbewahrt wurde, gereicht worden. Die Braut, die dem Postboten den Vifor angeboten hatte, wollte sich nach dem Unglück aus dem Fenster stürzen, wurde jedoch davon verhindert.

Grippe in Berlin. Entgegen den unläufigen Nachrichten über eine große Grippeepidemie in Berlin wird dort von unterrichteter händischer Seite darauf hingewiesen, daß die Grippeerkrankungen in diesem Jahre zwar etwas zahlreicher sind, als im vergangenen, aber bei weitem nicht die Höhe der Erkrankungen von zwei Jahren erreichen. Nach dem Stande vom 5. Jänner sind keine nennenswerten Neuerkrankungen eingetreten. Die Zahl der täglichen Erkrankungen beträgt ungefähr 120.

Der angeblich verkommene Keffe Heines. Von den in Wien lebenden Mitgliedern der Familie Heine-Geldern wird mitgeteilt, daß die in verschiedenen Zeitungen verbreiteten Nachrichten über die Auffindung der Leiche eines Landrichters, der ein Keffe Heinrich Heines gewesen sein soll, schon deshalb nicht den Tatsachen entsprechen könne, weil überhaupt nur drei Keffen Heinrich Heines, die seinen Namen tragen, existieren, und zwar drei Söhne seines Bruders, Barons Gustav Heine-Geldern, die aber alle drei bereits gestorben sind.

Schloßbrand bei Kattibor. Auf Schloß Borfan im Kreise Kattibor brach in der Nacht auf Freitag Feuer aus. Die Feuerwehren der umliegenden Dörfer konnten nicht viel ausrichten. Bald stand der ganze Dachstuhl des Schloßes in Flammen. Der brennende Schloßturm leuchtete wie eine riesige Fackel weit in das Land. Die Feuerwehren der benachbarten Dörfer waren dem Großfeuer gegenüber machtlos. Die Ursache seiner Entstehung ist unbekannt. Das Schloß gehört dem Grafen Zaunmar-Katitz, der sich zur Zeit auf seiner Besitzung in Oesterreich aufhält.



# Volkswirtschaft und Sozialpolitik. Schikanöse Behandlung der Unfallsrentner.

## Erfolgreiche Abwehr.

„Die Arbeiter-Unfall-Versicherungsanstalt ist für die Versicherten, nicht umgekehrt, die Versicherten für die Anstalt.“ — Ausspruch des Vorsitzenden des Bergsenats des Schiedsgerichtes der A.-U.-V.-Anstalt.

Prag, am 2. Dezember 1930.

Die Arbeiter-Unfall-Versicherungsanstalt in Prag ist, obgleich sie große Summen an Versicherungsbeiträgen einnimmt und über ein Gesamtvermögen von über 880 Millionen Kronen verfügt, wegen ihrer Rentenschinderei, d. h. wegen der kleintlichen Engstirnigkeit, mit der sie die Rentensachen behandelt, nicht bloß bekannt, sondern schon berüchtigt. Ohne ärztliche Untersuchung, vom grünen Tisch aus oder auf Grund anstandslos durchgeführter Untersuchungen werden in bestimmten Zeitläuften die zugesprochenen Rentenausmäße herabgesetzt oder gänzlich eingestellt. Es kommt vor, daß entgegen dem Befunde der Gerichtsarzte in Zeitintervallen von wenigen Monaten die Unfallsrenten um 10 bis 30 Prozent ihres Ausmaßes erniedrigt werden, obwohl jedem Laien klar ist, daß eine Besserung in dem erwerbsunfähigen Zustande der Rentner entweder infolge des stationären Charakters der Unfallsfolgen oder der Rente des bestehenden Heilverfahrens noch nicht eingetreten sein konnte. Was bei diesem Sozialinstitut empörend und aufreizend wirkt, ist ihre schablonenmäßige, vorwiegend von fiskalischen Interessen diktierte Amtsführung und Behandlung der Unfallsrentner. Eine Individualisierung der Rentenfälle, eine liberale, vom Menschlichkeitsgefühl durchdränkte Handhabung der gesetzlichen Vorschriften ist der genannten Anstalt fremd, wiewohl solche Grundzüge gerade bei diesem Sozialversicherungszweige, der sich die Fürsorge um die bedauernswerten Opfer gefährlicher Berufsarbeit, der Krüppel, zur Aufgabe gemacht hat, ihre selbstverständliche Heimstätte gefunden haben sollten.

Der reaktionäre Bürokratismus, das seit fast zwei Jahrzehnten erkrankte Verwaltungsregime, welches sich nur bei besonders großen Jubiläumsanlässen der sozialen Funktion der Anstalt erinnert, verhindert, ja erstickt geradezu die Verwirklichung dieser demokratischen Grundzüge sehr zum Nachteil der Anstalt und zum Schaden der Unfallversicherten und Rentner.

Daß diese Vorgangsweise auf Seiten der hievon betroffenen Rentner verschiedene Reaktionen auslöst, darf niemand bestritten. Sie äußern sich in doppelter Richtung. Zunächst in persönlicher Beziehung dazwischen, daß das Verhältnis zwischen der Anstalt und ihren Rentnern immer unersättlicher wird, daß die Anstalt unter solchen Verhältnissen immer weniger als soziale Ertragsanstalt, als Zeichen sozialen Fortschritts, sondern immer mehr als ein legislatives Uebel, dem nichts weniger als Sympathie entgegengebracht werden kann, sofern nicht in Kauf genommen wird. Bedauerlich ist diese Mentalität, welche durch das Verhalten der Anstalt gewirkt wurde, weil ein wichtiger Zweig unserer Sozialversicherung hiedurch in seiner sozialpolitischen Bedeutung herabgedrückt wird. Doch auch sachliche Rückwirkungen mußten sich zwangsläufig einstellen. Die genannte Anstalt hat sich infolge ihrer kleinlichen, rachsüchtigen Amtsführung bei der Erledigung der Rentensachen das Vertrauen in die Verlässlichkeit und Gerechtigkeit ihrer Entscheidungen gänzlich untergraben und dadurch den Anreiz gegeben, daß die Unfallsrentner in höherem Ausmaße wie zuvor die ihnen zuzubehaltenden Rechtsmittel gegen die Anstalt zur Anwendung bringen. Es kann nicht abgestritten werden, daß seit dem verschärften Konflikt zwischen Anstalt und Rentnern die Zahl der Rechtsstreite, die seit Jahr und Tag bei den Unfall- und Schiedsgerichten zur Behandlung gelangen, gewaltig angeschwollen ist und vielleicht auch weiterhin ein Aufsteigen aufweist. Wenn dies der Fall ist, so liegt die Schuld und Ursache nicht etwa auf Seiten der Versicherten und Unfallsrentner, sondern einzig und allein bei der Anstalt selbst, welche den Bogen der Schuld ihrer Mitglieder so weit angespannt hat, daß er schließlich zerbrechen mußte. Dies erscheint notwendig, zur Sicherung der Wahrheit zu vermerken, weil die Anstalt gar zu gern die Schuld an der Klagenhäufung auf ihre Rentner zu überwälzen trachtet. Wie stark die Prozeßführung vor den Schiedsgerichten angewachsen ist, offenbart sich daraus, daß

an einem Tage 80 Streitfälle, 40 vor- und 40 nachmittags, zur Verhandlung gelangen und daß mehrere Monate verstreichen, ehe es zur Abaräumung eines Termins über die eingebrachte Klage kommt.

So geht es Wochen, Monate hindurch. Ein solcher Massenanstieg von Klagen bringt es mit sich, daß möglichst expeditiv gearbeitet wird, was gewiß nicht für Qualität und Form der Prozeßführung von Vorteil sein kann.

Diese Klagenhäufung hat für die bedlagte Arbeiter-Unfall-Versicherungsanstalt eine unangenehme finanzielle Konsequenz angebahnt. Da sie die Kläger, die Unfallsrentner, vor das Forum des Schiedsgerichtes nach Prag laden läßt, damit sich diese im Rahmen der Verhandlung einer gerichtlichen Überprüfung über das Ausmaß ihrer Unfallsrenten unterziehen, so hat sich — wie bei anderen Sozialversicherungsinstitutionen — die Praxis eingefürgert, daß die Fahrtkosten nach Prag und zurück an den klagenden Unfallsrentner von dem beklagten Institut selbst rückvergütet werden, u. zw. ohne Rücksicht darauf, ob die Klage von Erfolg begleitet war oder nicht. Solange die Klageführung

mäßig war, spielte die Ausgabepost für diese Zwecke keine gewichtige Rolle; mit wachsender Klagenhäufung vergrößerte sich aber diese Ausgabe ganz beträchtlich und bildet heute für die Anstalt eine nicht unerhebliche Belastung. So weist die Anstalt an freiwilligem Erfah der Reisekosten aus: im Jahre 1925 K 104.480.—, i. J. 1926 K 130.900.—, i. J. 1927 K 178.609.— und i. J. 1928 K 217.084.—.

Um nun die Klageführung der Unfallsrentner einzuschränken und die Rechtsverfolgung einzudämmen, ermahnt sich die A.-U.-V.-Anstalt eine besondere Repräsentation.

Sie beschloß neue Richtlinien über den freiwilligen Erfah der Fahrtkosten an die klagenden Unfallsrentner, denen zufolge nur bei der ersten Klage die Fahrtkosten zur Gänze rückvergütet, bei der zweiten Klage nurmehr die Kosten der Rückfahrt, bei wiederholten Klagen die Fahrtkosten überhaupt nur in dem Maße rückvergütet werden, daß dem Klagebegehren stattgegeben wurde.

Die Tendenz dieser Neuerung ist sehr durchsichtig. Die Unfallsrentner sollen von der wiederholten Klageführung abgeschreckt werden, indem ihnen nur unter der Bedingung die Rückvergütung der Fahrtkosten zugesichert wird, daß sie ihren Rechtsstreit gegen die Anstalt gewinnen. Unzweifelhaft müßte auch eine solche Maßnahme vollen Erfolg zeitigen; denn die Unfallsrentner leben zumeist in dürftigen Verhältnissen und sind auf ihre künftigen, mehrere Hundert Kronen betragenden Rentengüsse angewiesen, so daß sie das Risiko der bedeutenden Reiseauslagen nach Prag scheuen müssen. Durch Handhabung der neuen Grundzüge würde die Anstalt tatsächlich erzielen, daß wiederholte Klagen nur in den seltensten Fällen eingebracht würden, daß die von ihr geübte Rentenschinderei freie Bahn hätte, weil bei zweiter, dritter und wiederholter Herabsetzung des Rentenausmaßes nur den verarmenden Rentnern die Möglichkeit einer Rechtsverfolgung offen stünde, wogegen der arme Teufel von Rentner, der sich das Geld zur Reise nach Prag nicht leisten könnte, auf Gnade und Ungnade der administrativen Willkür der Anstalt ausgeliefert bleiben müßte.

Die neuen Grundzüge über die Fahrtkostenvückvergütung versuchte die Anstalt bereits mit 1. Jänner 1929 in Wirksamkeit treten zu lassen. Dieser Versuch scheiterte damals an der Stellungnahme des Bergsenats des Schiedsgerichtes in Prag, der über Anrufung des A. U. V. der Anstalt einen Strich durch ihre ausgefüllte Rechnung machte und sie zur Preisgabe der neuen Grundzüge nötigte, so daß gegenüber den Bergbauangehörigen auch weiterhin die alten Richtlinien über Rückvergütung der Fahrtkosten zur Handhabung gelangten. Vor einigen Wochen hat nun die A.-U.-V.-Anstalt in Prag mit den Schikanen der neuen Grundzüge neuerlich eingegriffen, indem sie einem Bergbauangehörigen, der infolge abermaliger Herabsetzung seines Rentenausmaßes zur zweiten Klageführung gezwungen war, unter Hinweis auf die neuen Richtlinien nur die Hälfte der Fahrtkosten rückvergütete. Da eine schriftliche Vorstellung bei der Anstalt keinen Erfolg zeitigte, so entschloß sich der genannte Reichsverband, diese für die Unfallsrentner wichtige Frage in projektlichem Wege durch den Bergsenat des Schiedsgerichtes in Prag grundsätzlich zur Vereinnahmung zu bringen. In einem konkreten Streitfalle, der wegen Herabsetzung des Rentenausmaßes bei diesem Gericht anhängig gemacht wurde, ist in der Klage der Antrag erhoben worden, daß die ärztliche Untersuchung des klagenden Unfallsrentners nicht in Prag, sondern an dem für den Wohnort des Klägers zuständigen Bezirks- oder Kreisgericht durchgeführt werden möge, und zwar aus dem Grunde, weil der Kläger infolge finanzieller Unvermögenheit die Reisekosten nach Prag und zurück aus eigenen Mitteln nicht bestreiten könne. Ueber diesen Antrag hatte der Bergsenat bei der am 9. Dezember 1930 stattgefundenen Streitverhandlung zu entscheiden. Er erkannte dahin,

daß der klagende Unfallsrentner bei der nächsten Verhandlung persönlich zwecks Ermöglichung der ärztlichen Untersuchung zu erscheinen hat, daß aber die bedlagte A.-U.-V.-Anstalt verhalten ist, dem Kläger die aus der Reise nach Prag und zurück aufgelaufenen Fahrtkosten rückvergütet.

Charakteristisch und höchst beachtenswert ist die Sentenz, die der Vorsitzende bei Begründung dieses Erkenntnisses dem Vertreter der A.-U.-V.-Anstalt gegenüber folgen ließ: „Die Arbeiter-Unfall-Versicherungsanstalt ist für die Versicherten, nicht umgekehrt die Versicherten für die Anstalt.“ Es sind goldene Worte, die den Nagel auf den Kopf getroffen und mehr ausgedrückt haben als eine vielsprechende Begründung. Sie verdeutlichen, ob ihrer Klarheit der Vergessenheit entrissen zu werden!

Der neue Schiedspruch des Bergsenats zeigt auf, daß das Schiedsgericht nicht gekommen ist, der unsozialen und kleintlichen Tendenz der Anstalt gegenüber ihren Unfallsrentnern in der Frage der Rückvergütung der Fahrtkosten Vorparandienste zu leisten. Der Senat hat eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß er die neuen Richtlinien verurteilt und in der Praxis nicht angewendet wissen will.

Für die A.-U.-V.-Anstalt bedeutet dieses Erkenntnis nicht bloß eine materielle Niederlage, sondern mehr noch eine moralische Verurteilung ihrer sozialen Denkmuster und administrativen Amtsführung. Es wäre angezeigt, wenn endlich einmal ein anderer Geist seine Fühnung hielte in den heiligen Hallen dieses Instituts, das schon lange nicht mehr das edelhöfliche „Sozial“ auf seine Fahne geschrieben hat.

Dr. H. Bzdek, Teply-Schönau.

Lesen Bücher  
Wissen zu Macht

Schenkt Bücher zu jedem Fest!

Bücher sind Freunde  
Bücher sind Gefährten

Verlangt überall

VOLKS ZUNDER  
SOLO AS



# Nervöse sterben früh!

Haben Sie auch nur hin und wieder eines der folgenden Kennzeichen herannahender Nervenschwäche bei sich bemerkt?

Leichte Erregbarkeit, Verärglichkeit, Gitterstern, Unruhe, Herzklopfen, Schwindelanfälle, Angstgefühl, Schlaflosigkeit, unruhige Träume, Gefühllosigkeit einzelner Körperstellen, eitrückhaltigkeit, übermäßige Gereiztheit, leicht Widerpruch, Gerüche, Geräusche, Verlangen nach Betäubungsmitteln, nach Tabak, Alkohol, Tee, Kaffee, Ziegen in den Augen, nach oder Flimmern vor den Augen, Kopfschmerzen, Beklemmungsanfälle, Verengen des Gesichtsausdruckes oder der Sprache, unruhige Gestalt oder Abmagerung. Treten von diesen Anzeichen an, so ist ein ernstlich oder mehrere gleichzeitig bei Ihnen auf, so die Ihre Nerven ernsthaft geschwächt und bedürfen der Kräftigung.

Lassen Sie es so nicht weitergehen, sonst können ernste Störungen der Gesundheit, wie Irrereden und unbewußtes Handeln, dann: Nerven, rascher Körperverfall und früher Tod folgen bald. Ganz gleich, woher Ihre Nervenschwäche rührt, ich lade Sie ein, mir zu schreiben, ich bin gerne bereit, Ihnen

gratis und portofrei eine einfache Methode zu erklären,

die Ihnen eine freundliche Ueberrumpfung herbeiführen dürfte. Sie haben schließlich schon viel Geld für verschiedene Mittel ausgegeben und bestandslos nur eine vorübergehende Besserung damit erzielt. Ich kann Ihnen versichern, daß ich die richtige Methode kenne, um die Schwäche Ihrer Nerven aufzugeben.

Diese Methode bewirkt gleichmäßig eine Besserung der Stimmung, der Lebenslust, der Energie und Arbeitskraft, es maniert hat mir geschrieben, er fühle sich wie neu geboren danach. Dies bewirkt auch Kräfte, Lust, Frieden. Es kostet Sie nur eine Postkarte, ich sende Ihnen ein Lehrheftchen.

Buch vollständig gratis.

Wenn Sie nicht jetzt schreiben können, so bewahren Sie sich diese Annonce auf.

Ernst Pasternack, Berlin, SO.

Mittelaltersplatz 11, Abt. 420

## Für Funktionäre der Selbstverwaltung. Gemeindefinanzgeheh — Genehmigung der Voranschläge durch die Aufsichtsbehörden.

(Zur Auslegung des § 3, Abs. 4, d. Gef.-Eg. Nr. 169/1930.)

Die Aufsichtsbehörden haben über die Bewilligung der Gemeinde- und Bezirksvoranschläge und über die Genehmigung der Gemeinde- und Bezirksvoranschläge binnen drei, bezw. binnen vier Monaten von dem Tage an zu entscheiden, an dem das gehörig belegte Gesuch bei ihnen eingelangt ist. Wurde der Antrag auf Entscheidung über diese Gesuche nicht auf die Tagesordnung einer Sitzung gesetzt, die spätestens sechs Wochen vor Ablauf der bezeichneten Frist abgehalten wird, so ist der für die Unterlassung verantwortliche Beamte disziplinar zu verfolgen. Wurde der Antrag auf Entscheidung erst auf die Tagesordnung einer Sitzung gesetzt, die später als sechs Wochen vor Ablauf der Erledigungsfrist abgehalten wird und entscheidet die Aufsichtsbehörde nicht innerhalb dieser Frist, so gelten die Zuschläge als bewilligt und der Voranschlag als genehmigt, wovon die Gemeinde, bezw. der Bezirk und die Berufungswerber zu verständigern sind.

Damit die beantragten Zuschläge, bezw. die Voranschläge kraft des Gesetzes als genehmigt gelten, sind folgende Voraussetzungen erforderlich:

1. Ein gehörig belegtes Gesuch.
2. Stellung dieses Gesuches zur Entscheidung auf die Tagesordnung einer Sitzung, die später als sechs Wochen vor Beendigung der Erledigungsfrist stattfindet.
3. Nichterledigung innerhalb der der Aufsichtsbehörde gesetzten Frist von 3. bezw. 4. Monaten.

Alle drei Voraussetzungen müssen gegeben sein, widrigenfalls die Genehmigung nicht aus Macht Rechtsens eintritt. Zu den einzelnen Voraussetzungen ist folgendes zu bemerken: Zu 1: Gehörig belegtes Gesuch: Zu den Belegen gehört auch der Nachweis der Rechtmäßigkeit des Beschlusses über die Zuschläge, bezw. über den Voranschlag. Nur ein rechtskräftiger Beschluß kann Gegenstand der Genehmigung sein (vergl. Boh. 3429-34 279-34 und 784-30) oder mit anderen Worten: Der Genehmigungsakt hat die formelle und materielle Rechtmäßigkeit des Beschlusses zur Voraussetzung. Es kann also keine Rede davon sein, daß durch eine Unterlassung der Aufsichtsbehörde die Parteien um ihr Berufungsrecht gebracht werden können.

Zu 2: Wurde der Antrag auf Genehmigung des rechtskräftigen Beschlusses auf die Tagesordnung einer Sitzung gesetzt, die später als sechs Wochen vor Ablauf der Erledigungsfrist abgehalten wird, entscheidet aber die Aufsichtsbehörde doch noch innerhalb dieser Frist, so ist diese Entscheidung maßgebend. Es tritt also in diesem Falle nicht Genehmigung aus Macht Rechtsens ein. Wurde der Antrag auf Genehmigung des rechtskräftigen Beschlusses zwar auf die Tagesordnung einer Sitzung gesetzt, die früher als sechs Wochen vor Ablauf der Erledigungsfrist abgehalten wird, entscheidet aber die Aufsichtsbehörde innerhalb der Erledigungsfrist,

so tritt ebenfalls nicht Genehmigung aus Macht Rechtsens ein.

Dr. H. B.

Zu beachten ist, daß laut Rundschreiben der Landesbehörde in Prag vom 10. Dezember 1930, Boh. 659.314 al 1930, die Frist zur Vorlage des

4 — 8716 al 1930 Gesuches um Gewährung eines Beitrages aus Bundesmitteln an den Landesauschuss für den Voranschlag 1931 bis 15. Jänner 1931 erstreckt wurde. Da ungenügend belegte Gesuche der Gemeinde zur Ergänzung zurückgegeben werden, muß darauf Bedacht genommen werden, daß folgende Belege beigezogen sind:

1. Der Voranschlag der Gemeinde mit allen Nebenvoranschlägen in zwei Gleichstücken.
2. Der Detailausweis der Anleihen in zwei Gleichstücken.
3. Die Berechnung der Höhe der Gemeindezuschläge zur Einkommensteuer.
4. Die Berechnung der Höhe der Gemeindezuschläge zu den übrigen Steuern.
5. Der beglaubigte Auszug aus dem Protokoll über die Sitzung des Gemeinderates, in der der Voranschlag verhandelt worden ist.
6. Die Auserkung der Finanzkommission über den Voranschlag.
7. Die Kundmachung, daß der Voranschlag durch 14 Tage vor Beschlußfassung der Gemeindevertretung öffentlich aufgelegt worden ist, und die Bestätigung, daß Erinnerungen nicht überreicht, bezw. von wem sie überreicht worden sind. Die eingebrachten Erinnerungen sind beigezulegen.
8. Der beglaubigte Auszug aus dem Protokoll über die Sitzung der Gemeindevertretung, in der der Voranschlag festgesetzt und die Bedingung beschlossen worden ist, mit den Belegen über die ordnungsmäßige Einberufung der Sitzung und deren Beschlußfähigkeit.
9. Die Kundmachung über den Voranschlagsbeschuß § 3, Abs. 4, des Gesetzes Egl. Nr. 169/30.
10. Die Steuerordnungsbescheidung für das dem Voranschlagsjahr vorangehende Jahr.
11. Der Ausweis über die in dem dem Voranschlag vorangehenden Jahre eingehobene Gemeindezuschläge.
12. Der Ausweis über die in der Gemeinde eingeführten Gebühren, Zuschläge zu den staatlichen Verbrauchssteuern und selbständigen Gemeindeaufgaben mit Angabe der Sätze.
13. Die Rechnung für das Beobachtungsjahr mit dem Nachweis über deren ordnungsmäßige Verhandlung.
14. Der Nachweis für die Steuerbehörde über die Einbringung des Gesuches um Bewilligung der Zuschläge, welchen Nachweis die Bezirksbehörde befragt und der Gemeinde sofort zurückstellt, damit die Gemeinde ihre Verpflichtung nach dem 3. Satze des Absatzes 1 des § 3 des Gesetzes Egl. Nr. 169/30 erfüllen kann.
15. Der Nachweis darüber, wie viel die Gemeinde als Prozentiger (10 Proz.) Anteil an der Anpaßsteuer für das Jahr 1927 und wie hoch Gemeinde- und Schulzuschläge (in Prozenten!) die Gemeinde in den Jahren 1925, 1926 und 1927 eingehoben hat, welcher Nachweis durch die Steuerbehörde zu bestätigen ist.

(Dr. Red.)



